



„100 Tage...“

Links wirkt:

DIE LINKE.

Fraktion

im Hessischen Landtag

**Die ersten
100 Tage**



Inhaltsverzeichnis

Die Fraktion

| | |
|------------------------|-------|
| Willi van Ooyen | S. 8 |
| Marjana Schott | S. 10 |
| Janine Wissler | S. 12 |
| Ulrich Wilken | S. 14 |
| Barbara Cárdenas | S. 16 |
| Hermann Schaus | S. 18 |

| | |
|---|--------------|
| Wissenschaftliche MitarbeiterInnen | S. 20 |
|---|--------------|

| | |
|---|--------------|
| FraktionsmitarbeiterInnen im Landtag | S. 21 |
|---|--------------|

„Fraktion vor Ort“

| | |
|---|-------|
| Was ist „Fraktion vor Ort“ | S. 22 |
| Für Arbeit, soziale Gerechtigkeit und eine zukunftsfähige Integrationspolitik „Kassel am 20. Mai“ | S. 23 |
| DIE LINKE auf dem Hessentag – Gesamtbericht Homberg/Efze | S. 24 |
| Kelsterbacher Wald: Widerstand gegen Flughafenausbau wächst | S. 27 |
| Fraktion(en) vor Ort im Abschiebegefängnis in Offenbach | S. 29 |
| Bericht zum Besuch durch die LINKSFRAKTIONEN in Stadt und Kreis Offenbach und der Fraktion im Hessischen Landtag | |

Reden der Abgeordneten im hessischen Landtag

| | |
|--|-------|
| Willi van Ooyen: Frieden schaffen ohne Waffen! Kein US-Hauptquartier in Wiesbaden | S. 30 |
| Marjana Schott: Demo gegen Rechts am 2. August 2008 in Schwalmstadt-Treysa | S. 32 |
| Janine Wissler: Abschaffung der Studiengebühren an hessischen Hochschulen ... | S. 34 |
| Ulrich Wilken: Rede anlässlich des Antrages der Fraktionen der CDU und der FDP betr. finanzwirksamer Anträge und Beschlüsse des Hessischen Landtages im Haushaltsjahr 2008 | S. 36 |
| Barbara Cárdenas: Rede zur Regierungserklärung des Kultusminister Banzer zur Schulpolitik | S. 38 |
| Hermann Schaus: Rede zum Antrag der Fraktion der SPD betreffend Konsequenzen aus dem IAQ-Report ziehen – Ausweitung des Niedriglohnsektors stoppen ... | S. 41 |

Inhaltsverzeichnis

Plenarberichte der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag

| | |
|--|-------|
| Was sind die „Plenarberichte“ der Fraktion DIE LINKE | S. 43 |
| 3.- 5. Plenarsitzung | S. 43 |
| 6.- 8. Plenarsitzung | S. 45 |
| 9.- 11. Plenarsitzung | S. 46 |
| 12. Plenarsitzung | S. 48 |

Initiativen der Fraktion DIE LINKE im Plenum des Hessischen Landtages S. 49

Dringlicher Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE für ein Gesetz zur Abschaffung der Studiengebühren an hessischen Hochschulen – Drucksache 17/16 –

Dringlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Rückkehr des Landes Hessen in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) sowie die Regelungen gleicher Arbeitszeiten für Tarifbeschäftigte und Beamtinnen und Beamte – Drucksache 17/21 –

Dringlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Abschiebestopp für afghanische Staatsangehörige – Drucksache 17/22 –

Dringlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend das Abstimmungsverhalten der Mitglieder des Landes Hessen im Bundesrat anlässlich der Abstimmung über den „Entwurf eines Gesetzes zum Vertrag von Lissabon vom 13. Dezember 2007“ – Drucksache 928/07 –

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Privatisierung der Deutschen Bahn AG – Drucksache 17/90 –

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zu dem Antrag der Fraktion der FDP betreffend Erneuerbare Energien in Hessen ausbauen: Absatz von Biokraftstoffen nicht gefährden – Drucksache 17/110 –

Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Steuergerechtigkeit im Vollzug der Steuergesetze herstellen - mehr Betriebsprüfer/innen und Steuerfahnder/innen in Hessen – Drucksache 17/143 –

Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Schulgesetzes – Drucksache 17/145 –

Dringlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Armut-Reichtums-Bericht – Drucksache 17/175 –

Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Gleichstellung der Abgeordneten des Hessischen Landtages in der gesetzlichen Rentenversicherung – Drucksache 17/244 neu –

Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes – Drucksache 17/377–

Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Senkung der Klassenobergrenzen in den Schulen und Gruppengrößen in den Kindertagesstätten – Drucksache 17/378 –

Inhaltsverzeichnis

Pressemitteilungen der Fraktion DIE LINKE S. 55

5. April 2008: Mit dem Einzug der Fraktion DIE LINKE gibt es eine Mehrheit für einen Politikwechsel

10. April 2008: Erster Erfolg für DIE LINKE: Abschiebestopp für Flüchtlinge aus Afghanistan

14. April 2008: Parlamentsbeschlüsse sind nicht beliebig, Herr Bouffier! Abschiebestopp für afghanische Flüchtlinge muss umgesetzt werden

24. April 2008: Stoppt Staudinger!

5. Mai 2008: Fraktion DIE LINKE steht weiter für einen Politikwechsel

9. Mai 2008: Lernen braucht Zeit – für eine gemeinsame sechsjährige Mittelstufe

15. Mai 2008: Haushaltsentwurf termingerecht einbringen – und die Einnahmeseite verbessern

15. Mai 2008: Tarifgemeinschaft der Länder: Verhalten der geschäftsführenden Landesregierung ist undemokratisch und nicht hinnehmbar

20. Mai 2008: Hessischer Verfassungsschutzbericht als parteipolitisches Instrument der geschäftsführenden Landesregierung

11. Juni 2008: 100 Tage im Hessischen Landtag – links wirkt!

15. Juni 2008: Sherlock Wintermeyer löst (fast) jeden Fall

Medienecho S. 61

Grußwort

Liebe Freundinnen und Freunde,
liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Interessierte,

nach 100 Tagen DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag lässt sich sagen:
LINKS wirkt - im Parlament und außerhalb.

Die Abschaffung der Studiengebühren ist ein greifbarer Erfolg, zu dem wir beigetragen haben, der aber ohne die massenhaften Proteste der Studierendenbewegung nicht zu erreichen gewesen wäre.

Zudem gab es einige Korrekturen in der Schulpolitik wie die Abschaffung der Unterrichtsgarantie Plus. Auf Antrag der LINKEN wurde ein Abschiebestopp für afghanische Flüchtlinge beschlossen. Für den Wiedereintritt in die Tarifgemeinschaft der Länder gibt es eine Mehrheit im Landtag.

Für unsere Fraktion ist es ganz entscheidend, dass wir im Kontakt mit den Menschen stehen, die uns unterstützen und gewählt haben, und sehr offen und eindeutig darüber zu sprechen, was die Möglichkeiten und die Grenzen des parlamentarischen Betriebes sind. Wir dürfen nicht vergessen, dass das, was wir unter den momentan eng gezogenen Grenzen im Parlament womöglich erreichen können, nicht unseren Zielen entspricht. Und unsere Ziele dürfen wir nicht umgekehrt an diesen Grenzen des momentan Möglichen anpassen.

Sechs linke Abgeordnete können nichts erreichen ohne soziale Bewegungen und eine starke linke Partei. Nur wenn es uns gelingt, die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zu verändern, können wir echte Verbesserungen erreichen. Deshalb sind für uns die außerparlamentarische Arbeit und das Mitwirken in sozialen Bewegungen zentral.

100 Tage DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag haben wir zum Anlass genommen, eine Dokumentation unserer bisherigen Arbeit zu erstellen. Sie soll Euch einen Einblick geben in unsere Arbeit innerhalb und außerhalb des Landtages. Ihr findet eine Auswahl unserer Anträge und Gesetzesinitiativen, unserer Pressemitteilungen und des Presseechos, Berichte über unsere Veranstaltungen und Reden, die wir im Landtag gehalten haben. Zudem stellen wir uns und unsere MitarbeiterInnen vor, damit Ihr wisst, wer für was AnsprechpartnerIn ist.

Wir wünschen Euch viel Spaß beim Lesen und verbleiben mit solidarischen Grüßen

DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag

Barbara Cárdenas – Hermann Schaus – Marjana Schott – Willi van Ooyen
– Ulrich Wilken – Janine Wissler

Die Fraktion

Willy van Ooyen



zur Person:

- Jahrgang: 1947
- Familienstand: verheiratet, 2 Söhne
- Wohnort: Frankfurt
- Beruf: Pädagogischer Leiter der Praunheimer Werkstätten GmbH in Frankfurt

Politische Vita:

- erste Aktivitäten in den 60er Jahren in der Lehrlingsbewegung
- seit den 70er Jahren Organisator diverser Friedens- und Solidaritätsveranstaltungen, z.B. Vietnam oder Chile, seit 1980 Organisator der Ostermärsche
- aktiv in der nationalen und internationalen Sozialforumsbewegung
- jahrelanges Engagement in der internationalen Friedensbewegung

Das möchte ich politisch erreichen:

- Die Einrichtung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors, der dringende Aufgaben vor Ort übernimmt und den Beschäftigten einen Mindestlohn (DGB – Forderung 7,50 € bzw. 8,44 € wie in Frankreich) garantiert. Ferner ein kostenloses Mittagessen für alle Kinder ab dem Vorschulalter.
- Ich glaube nicht, dass die Privatisierung öffentlicher Güter und Grundbedürfnisse (Wasser, Energie, Gesundheit, Bildung, Bahn, Post, ...) soziale Gerechtigkeit und demokratische Mitwirkung sichert. Deshalb setze ich in allen Bereichen auf Wiederaneignung in öffentliche Hand und Ausweitung der demokratischen Mitbestimmung.

Sprecher für:

Europapolitik
Friedenspolitik
Haushaltspolitik

Ausschüsse:

Europaausschuss (EUA),
Haushaltsausschuss (HHA)
1. Vertretung im Hauptausschuss (HAA),
2. im Sozialausschuss (SPA)
und im Petitionsausschuss (PTA)

Wahlkreise:

| | |
|--------------|----------------------|
| Wahlkreis 14 | Fulda I |
| Wahlkreis 15 | Fulda II |
| Wahlkreis 32 | Main-Taunus I |
| Wahlkreis 33 | Main-Taunus II |
| Wahlkreis 34 | Frankfurt am Main I |
| Wahlkreis 35 | Frankfurt am Main II |

Kontakt:

DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
Raum 209 M
65183 Wiesbaden

Tel.: 0611 - 350.6071
FAX: 0611 – 350.6091

Mail: w.vanooyen@ltg.hessen.de
Internet: www.linksfraktion-hessen.de

Die Fraktion

Marjana Schott

zur Person:

- Jahrgang: 1958
- Familienstand: verheiratet
- Wohnort: Fuldabrück
- Beruf: Insolvenzverwalterin

Politische Vita:

- seit 2007: stv. Landesvorsitzende der LINKEN in Hessen
- 2007: Gründungsmitglied und im Sprecherinnenrat von Lisa-Hessen, der Linken Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft der Frauen in der Partei DIE LINKE
- 2005-2007: stlv. Landesvorsitzende der Linkspartei. Hessen
- 2006: Gründungsmitglied und stv. Vorsitzende des Offenen Wirtschaftsverband von kleinen und mittelständischen Unternehmen, Freiberuflern und Selbstständigen Hessen (OWUS)
- seit 2003: Gründungsmitglied des Vereins Selbständige in Not e.V.



Das möchte ich politisch erreichen:

- Kinder müssen so gestellt sein, dass sie gut versorgt die bestmögliche Bildung erhalten. Mit der Tatsache, dass es in diesem reichen Land hungernde Kinder gibt, haben wir eine Grenze überschritten, die zeigt, dass der Mensch von seinem ersten bis zu seinem letzten Tag nur noch ein Kostenfaktor ist. Ich will wirkliche Existenzsicherung und gleiche Chancen und Rechte für alle.
- Die Gleichstellung von Frauen und Männern im Berufsleben muss endlich realisiert werden. Es ist nicht länger hinzunehmen, dass Frauen rund 25% weniger verdienen als Männer.
- Wir brauchen eine Grundsicherung unabhängig von Familienstand und Partnerschaften.
- Über unsere Arbeit nehmen wir auch sinnstiftend an den gesellschaftlichen Prozessen teil. Große Teile der Bevölkerung sind davon ausgeschlossen und ein anderer Teil wird von der Arbeit krank und/oder kann nicht mehr davon leben. Dieses Missverhältnis ist durch den Druck der Kapitalmärkte entstanden und muss zurückgedreht werden. Kapitalverwertungsinteressen dürfen die Politik nicht mehr bestimmen, in den Mittelpunkt gehört der Mensch.
- Unser Wirtschaften gefährdet unsere eignen Lebensgrundlagen auf vielfältige Weise. Grundlegend brauchen wir eine Energie-, Wirtschafts- und Industriepolitik die sich an den Dimensionen der Nachhaltigkeit und nicht an der Gewinnmaximierung von Konzernen orientiert. Hierzu Lösungsansätze zu erarbeiten, ist eine unserer größten Herausforderungen. Erste Schritte dazu sind eine Energiewende in Hessen bspw. durch die Kopplung von landwirtschaftlichen und Naturschutz-Standards zum Schutz unserer Lebensgrundlagen. Internationale Bauausstellung muss die ländlichen Regionen in Hessen stärken, nicht die

ohnehin prosperierende Rhein-Main-Region. Weitgehend autarke Ver- und Entsorgungssysteme (Strom, Wärme, Wasser und Abwasser) für kleinere Gemeinden und ein flexibler ÖPNV in der Fläche könnten hier beispielhaft als Entwicklungsmodell für den ländlichen Raum präsentiert werden.

Sprecherin für:

Sozialpolitik
Frauenpolitik
Familien- und Kinderpolitik
Gesundheitspolitik
Umweltpolitik
Landwirtschaftspolitik
Justizvollzug
Fremdenverkehr
Forsten und Naturschutz

Ausschüsse:

Ausschuss für Umwelt und ländlicher Raum und Verbraucherschutz (ULA)
Sozialausschuss (SPA)

Ständige Unterausschüsse:
Justizvollzug (UJV)

Wahlkreise:

| | |
|--------------|-----------------------|
| Wahlkreis 1 | Kassel-Land I |
| Wahlkreis 2 | Kassel-Land II |
| Wahlkreis 3 | Kassel-Stadt I |
| Wahlkreis 4 | Kassel-Stadt II |
| Wahlkreis 5 | Waldeck-Frankenberg I |
| Wahlkreis 7 | Schwalm-Eder I |
| Wahlkreis 8 | Schwalm-Eder II |
| Wahlkreis 9 | Eschwege-Witzenhausen |
| Wahlkreis 10 | Rotenburg |
| Wahlkreis 11 | Hersfeld |

Kontakt:

DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
Raum 222 M
65183 Wiesbaden

Tel.: 0611 - 350.6072
FAX: 0611 - 350.6091

Mail: m.schott@ltg.hessen.de
Internet: www.linksfraktion-hessen.de

Die Fraktion

Janine Wissler

zur Person:

- Jahrgang: 1981
- Familienstand: ledig
- Wohnort: Frankfurt
- Beruf: Studentin



Politische Vita:

- Mitglied im Parteivorstand der LINKEN
- Mitglied im Landesvorstand der LINKEN in Hessen
- Mitglied bei ver.di
- Unterstützerin des marxistischen Netzwerks marx21
- ab 2001 bei attac aktiv
- von 2001 bis 2004 eine der SprecherInnen von attac Frankfurt

Das möchte ich politisch erreichen:

- Reichtum muss gerecht verteilt werden. Es ist nicht hinnehmbar, dass die Mehrheit der Gesellschaft durch ihre Arbeit Werte schafft, die von einer Minderheit besessen, gehortet und verwaltet werden.
- DIE LINKE setzt sich ein gegen jede Form von Rassismus und Unterdrückung. Jeder Mensch muss gleiche Rechte und Chancen haben, unabhängig von seiner Hautfarbe, seiner Herkunft, seinem Geschlecht oder seiner Religion.
- Die Bundeswehrtruppen müssen aus dem Ausland abgezogen werden. Deutsche Soldaten haben weder am Hindukusch, noch sonst wo auf der Welt etwas verloren.

Sprecherin für:

Energiepolitik
Forschungspolitik
Gentechnologie
Hochschulpolitik
Jugendpolitik
Verkehrspolitik
Wirtschaftspolitik
Wissenschaft u. Kunst

Ausschüsse:

Wirtschaft und Verkehr (WVA)
Wissenschaft und Kunst (WKA)
1. Vertretung im Innenausschuss (INA) und im Kulturausschuss (KPA)
2. Vertretung im Hauptausschuss (HAA)

Wahlkreise:

| | |
|--------------|------------------------|
| Wahlkreis 6 | Waldeck-Frankenberg II |
| Wahlkreis 12 | Marburg-Biedenkopf I |
| Wahlkreis 13 | Marburg-Biedenkopf II |
| Wahlkreis 16 | Lahn-Dill I |
| Wahlkreis 17 | Lahn-Dill II |
| Wahlkreis 18 | Gießen I |
| Wahlkreis 19 | Gießen II |
| Wahlkreis 20 | Vogelsberg |
| Wahlkreis 25 | Wetterau I |
| Wahlkreis 26 | Wetterau II |
| Wahlkreis 27 | Wetterau III |
| Wahlkreis 37 | Frankfurt am Main IV |
| Wahlkreis 39 | Frankfurt am Main VI |

Kontakt:

DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
Raum 217 M
65183 Wiesbaden

Tel.: 0611 - 350.6073
FAX: 0611 - 350.6091

Mail: j.wissler@ltg.hessen.de
Internet: www.linksfraktion-hessen.de

Die Fraktion

Dr. Ulrich Wilken

zur Person:

- Jahrgang: 1958
- Familienstand: ledig
- Wohnort: Frankfurt am Main
- Beruf: Arbeitswissenschaftler



Politische Vita:

- bis April 2008 Landesvorsitzender der LINKEN in Hessen

Das möchte ich politisch erreichen:

- „Die Wirtschaft des Landes hat die Aufgabe, dem Wohle des ganzen Volkes und der Befriedigung seines Bedarfs zu dienen.“ Verfassung des Landes Hessen Artikel 38(1)
- Für mich steht das Thema *Soziale Gerechtigkeit in Hessen* im Vordergrund. Menschen müssen endlich wieder vor Profite gestellt werden. Zum Beispiel bei der Bildung: gebührenfrei für alle – von der Kita bis zur Hochschule. Oder beim Thema Arbeit: Wir brauchen den Mindestlohn und das Tariftreuegesetz.
- Von Arbeit müssen alle Menschen leben können, egal ob als Mann oder Frau geboren, egal in welchem Land geboren. Und zwar zu jedem Zeitpunkt, auch während der Ausbildung und im Rentenalter.
- Das Frankfurter Nordend, in dem ich wohne, ist, wie viele andere Stadtteile Frankfurts, ein bunter Stadtteil mit vielen Menschen aus aller Welt. Das soll auch so bleiben. Dazu muss u. a. der Wohnraum bezahlbar bleiben. Es müssen Möglichkeiten geschaffen werden, dass auch Menschen mit niedrigeren Einkommen hier gut leben können.

Sprecher für:

Medienpolitik
Mittelstandspolitik
Rechtspolitik

Ausschüsse:

Hauptausschuss (HAA)

Rechtsausschuss (RTA)

1. Vertretung im Europaausschuss (EUA) und im Ausschuss Wirtschaft und Verkehr (WVA)

Wahlkreise:

| | |
|--------------|-----------------------|
| Wahlkreis 21 | Limburg-Weilburg I |
| Wahlkreis 22 | Limburg-Weilburg II |
| Wahlkreis 28 | Rheingau-Taunus I |
| Wahlkreis 29 | Rheingau-Taunus II |
| Wahlkreis 30 | Wiesbaden I |
| Wahlkreis 31 | Wiesbaden II |
| Wahlkreis 36 | Frankfurt am Main III |
| Wahlkreis 38 | Frankfurt am Main V |

Kontakt:

DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
Raum 219 M
65183 Wiesbaden

Tel.: 0611 - 350.6074

FAX: 0611 – 350.6091

Mail: u.wilken@ltg.hessen.de

Internet: www.linksfraktion-hessen.de

Die Fraktion

Barbara Cárdenas

Zur Person:

- Jahrgang: 1954
- Familienstand: verheiratet, 2 studierende Kinder
- Wohnort: Dietzenbach
- Beruf: Dipl.Psychologin, Dipl.Pädagogin



Politische Vita:

- in den 70er Jahren Mitglied in verschiedenen Universitäts- und Studierendengremien, dort aktiv im Kampf gegen die Berufsverbote und für Studierendenrechte
- als Mitglied der DFG aktiv in der Friedensbewegung
- seit den 70er Jahren aktiv im Kampf gegen Diskriminierung und für Gleichstellung von MigrantInnen
- kommunalpolitische Erfahrung als stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Dietzenbacher Liste (DL)
- Mitglied im Kreisvorstand des Kreises Offenbach

Das möchte ich politisch erreichen:

- Armut bekämpfen, damit alle an Bildung teilhaben können
- Stärkung des öffentlichen Bildungssystems, Privatisierungen zurückfahren
- die Inanspruchnahme von Bildungsangeboten darf nichts kosten
- Ausleseprozesse verhindern: Sonder- und Förderschulen müssen ausgetrocknet werden, zugleich ist der Gemeinsame Unterricht (GU) von behinderten und nicht-behinderten Kindern auszuweiten
- statt des 3-gliedrigen Schulsystems gemeinsames Lernen bis zur 10. Klasse
- Ganztagschulen, die den Namen verdienen, vor allem in sozialen Brennpunkten
- Erziehungs- und Bildungspartnerschaft zwischen Eltern, Kinderkrippe, Kindergarten und Schule
- Menschenrechte auch für psychisch Kranke „ Unterstützung statt Bevormundung!
- im Übergang zu einem gerechteren Bildungssystem: statt der verkürzten Gymnasialzeit eine gemeinsame Mittelstufe von 6 Jahren, ggf. individuelle Beschleunigung in der Oberstufe

Sprecherin für:

Bildungspolitik, v. a. Schulpolitik und frühkindliche Bildung
Petitionen und Härtefälle
Integrationspolitik
Tierschutz

Ausschüsse:

Kulturpolitischer Ausschuss (KPA)
Petitionsausschuss (PTA)

Ständige Unterausschüsse/Kommissionen/Beiräte:

Heimatvertriebene, Aussiedler, Flüchtlinge und Wiedergutmachung (UHW)
Vorprüfungskommission für Petitionen (VPK)
Härtefallkommission
Integrationsbeirat

Wahlkreise:

| | |
|--------------|-------------------|
| Wahlkreis 40 | Main-Kinzig I |
| Wahlkreis 41 | Main-Kinzig II |
| Wahlkreis 42 | Main-Kinzig III |
| Wahlkreis 43 | Offenbach-Stadt |
| Wahlkreis 44 | Offenbach-Land I |
| Wahlkreis 45 | Offenbach-Land II |

Kontakt:

DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
Raum 218 M
65183 Wiesbaden

Tel.: 0611 - 350.6075
FAX: 0611 - 350.6091

Mail: b.cardenas@ltg.hessen.de
Internet: www.linksfraktion-hessen.de

Die Fraktion

Hermann Schaus



zur Person:

- Jahrgang: 1955
- Familienstand: verheiratet, 2 Kinder
- Wohnort: Neu-Anspach
- Beruf: Gewerkschaftssekretär

Politische Vita:

- ehemaliges aktives Mitglied der SPD (1972-1993)
- ehem. Mitglied im geschäftsführenden Landesvorstand der WASG
- Mitglied im Landesvorstand der LINKEN in Hessen
- SprecherInnenrat attac – Regionalgruppe Hochtaunus
- Vorsitzender des Kommunalpolitischen Forums Hessen
- Kreistagsabgeordneter im Hochtaunuskreis

Das möchte ich politisch erreichen:

- Hessen ist eines der reichsten Bundesländer in Deutschland. Dennoch gibt es auch hier eine ständig wachsende Armut. Die Armutsprobleme müssen und können (!) verringert werden, wenn eine gerechte Umverteilung des Reichtums vorgenommen wird.
- gerechte Behandlung von ALG II-Empfängern, ohne Wohnungsschnüffelei, ohne 1-€-Jobs
- kostenloses Mittagessen für Kinder aus sozial schwachen Familien in der Schule und für Zulagen in besonderen Lebenslagen
- Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen zu angemessenen tariflichen Bedingungen
- kein Ausbau des Frankfurter Flughafens und Einführung eines Nachtflugverbots von 22 bis 6 Uhr
- keine weiteren Privatisierungen unseres öffentlichen Eigentums, Re-Kommunalisierung bereits privatisierter Bereiche
- Rückkehr des Landes Hessen in die Tarifgemeinschaft der Länder
- Verbesserung der schulischen Bildung, mehr LehrerInnen, kleinere Klassen, Schaffung gemeinsamen Lernens bis zur 10. Klasse, keine unqualifizierten Vertretungen mehr
- Der Öffentliche Personennahverkehr muss ausgebaut werden.
- Alternative Energiequellen wie die Windkraft sind in Hessen intensiv zu fördern.

Sprecher für:

Gewerkschaftspolitik
Innenpolitik
Sportpolitik
Kommunalpolitik
Verwaltungsreform
Wohnungsbaupolitik

Vizepräsident des Hessischen Landtages:

Präsidium
Ältestenrat

Ausschüsse:

Innenausschuss (INA)

1. Vertretung im Haushaltsausschuss (HHA) und im Ausschuss Umwelt
Vorsitzender des ständigen Unterausschusses Finanzcontrolling (UFV)

Wahlkreise:

| | |
|--------------|----------------------|
| Wahlkreis 23 | Hochtaunus I |
| Wahlkreis 24 | Hochtaunus II |
| Wahlkreis 47 | Groß-Gerau I |
| Wahlkreis 48 | Groß-Gerau II |
| Wahlkreis 49 | Darmstadt-Stadt I |
| Wahlkreis 50 | Darmstadt-Stadt II |
| Wahlkreis 51 | Darmstadt-Dieburg I |
| Wahlkreis 52 | Darmstadt-Dieburg II |
| Wahlkreis 53 | Odenwald |
| Wahlkreis 54 | Bergstr. I |
| Wahlkreis 55 | Bergstr. II |

Kontakt:

DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
Raum 215 M
65183 Wiesbaden

Tel.: 0611 - 350.6076
FAX: 0611 - 350.6091

Mail: h.schaus@ltg.hessen.de
Internet: www.linksfraktion-hessen.de

Das Team

Wissenschaftliche ReferentInnen



Simin Falsafi (Sozialpolitik)
Telefon: 0611-350.6086
Mail: s.falsafi@ltg.hessen.de
Raum 214 M
Referentin im Sozialausschuss (SPA) und im
Ständigen Unterausschuss Heimatvertriebene (UHW)



Adrian Gabriel (Innenpolitik)
Telefon: 0611-350.6077
Mail: a.gabriel@ltg.hessen.de
Raum 215 M
Referent im Innenausschuss



Achim Lotz (Umweltpolitik)
Telefon: 0611-350.6087
Mail: a.lotz@ltg.hessen.de
Raum 214 M
Referent im Ausschuss Umwelt



David Meienreis (Wirtschaft- und Energiepolitik)
Telefon: 0611-350.6088
d.meienreis@ltg.hessen.de
Raum 217 M
Referent im Ausschuss Wirtschaft und Verkehr (WVA)



Daniel Tietze (Haushalts- und Finanzpolitik)
Telefon: 0611-350.6084
Mail: d.tietze@ltg.hessen.de
Raum 220 M
Referent im Haushaltsausschuss (HHA)
und im Ständigen Unterausschuss Finanzcontrolling (UFV)



Jens Wernicke (Bildungspolitik)
Telefon: 0611-350.6089
Mail: j.wernicke@ltg.hessen.de
Raum 218 M
Referent im Kulturausschuss (KPA) und im
Ausschuss Wissenschaft und Kunst (WKA)

Das Team

FraktionsmitarbeiterInnen im Landtag



Wolfgang Bubori
(Organisation und
Technik)
Raum 221 M
0611 - 350.6085
w.bubori@ltg.hessen.de



Jasmin Romfeld
(Öffentlichkeitsreferentin)
Raum 210 M
0611 - 350.6082
0176 - 91 01 26 69
j.romfeld@ltg.hessen.de



Jörg Cezanne
(Geschäftsführer)
Raum 223 M
0611 - 350.6078
j.cezanne@ltg.hessen.de



Ursula Stern
(Sekretariat)
Raum 221 M
0611 - 350.6080
u.stern@ltg.hessen.de



Peter Delis
(Bündnispolitik)
Raum 220 M
0611 - 350.6083

p.delis@ltg.hessen.de



Silvija Verbanec
(Sekretariat)
Raum 221 M
0611 - 350.6081
s.verbanec@ltg.hessen.de



Thomas Klein
(Pressesprecher)
Raum 210 M
0611 - 350.6079
0176 - 80 12 81 97
t.klein@ltg.hessen.de

Erreichbarkeit im Landtag

DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 - 350.6090
Telefax: 0611 - 350.6091

Mail: die-linke@ltg.hessen.de
Internet: www.linksfraktion-hessen.de

Fraktion vor Ort

Was ist „Fraktion vor Ort“?

Der parlamentarische Betrieb hat die Tendenz, Abgeordnete von der Bevölkerung zu isolieren. Die Fragen, um deren Antworten die Politik sich zu bemühen hat, betreffen reale Menschen – außerhalb des Parlaments, und das geht im parlamentarischen Betrieb manchmal schnell unter.

Neben der Arbeit im Parlament baut die Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag auch konsequent auf die Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Gruppen, Initiativen, Verbänden und natürlich den Gewerkschaften. Dazu bieten unsere öffentlichen Fraktionssitzungen, die wir gemeinsam mit Initiativen und Betroffenen vor Ort abhalten, ein Forum.

Für unsere „Fraktion-vor-Ort“-Termine fahren wir einmal im Monat, zu aktuellen Ereignissen auch spontan und häufiger, gemeinsam ins Land, um dort mit Menschen zu reden, die sich konkret vor Probleme gestellt sehen und dagegen aktiv geworden sind. Damit geben wir möglichst vielen Menschen die Gelegenheit, mit uns ins Gespräch zu kommen und ihre Anliegen und ihre Kritik einzubringen. Wir wollen wissen, welche Probleme es gibt, was die Menschen von der LINKEN erwarten und was wir auf parlamentarischem Wege tun können. Dabei verstehen wir uns nicht als „Anwälte“, die stellvertretend für die Menschen kämpfen, ganz im Gegenteil:

Echte Veränderung braucht gesellschaftlichen Druck. Wenn der nicht da ist, können wir als Parlamentarier nichts ausrichten.

Wir wurden bereits von vielen Initiativen und Bündnissen angefragt und eingeladen. Die Resonanz zu „Fraktion vor Ort“ ist gut – sowohl bei den Betroffenen als auch bei den Parteimitgliedern und den Medien. Und wir haben einige Anregungen bekommen, aus denen wir dann Anträge oder Anfragen im Parlament formuliert haben. Oftmals fehlen

den Menschen vor Ort einfach Informationen, die wir dann liefern können. Und wir tragen dazu bei, ihren Anliegen Öffentlichkeit zu verschaffen. Zudem haben alle Seiten die Möglichkeit, Kontakte zu knüpfen. Wir brauchen die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger, der Initiativen und Verbände, der Kirchen und Gewerkschaften. Sie sind diejenigen vor Ort, die die Konflikte der Gesellschaft jeden Tag austragen müssen und unsere Unterstützung erwarten können. Wir brauchen den Austausch, um mit unseren Mitteln im Parlament für ihre Belange eintreten zu können.

Die Termine zu „Fraktion vor Ort“ und weitere Informationen sowie Kontaktmöglichkeiten können auf unserer Homepage www.linksfraktion-hessen.de nachgelesen werden.

Fraktion vor Ort

Für Arbeit, soziale Gerechtigkeit und eine zukunftsfähige Integrationspolitik

Kassel am 20. Mai 2008

Zum zweiten Mal seit ihrem Einzug in den Hessischen Landtag tagte die Fraktion DIE LINKE. öffentlich, diesmal in Kassel.

Die Abgeordneten Marjana Schott, Barbara Cárdenas, Ulrich Wilken und Hermann Schaus trafen sich um 16.00 Uhr zunächst mit dem Vorstand des Betriebsrates und der Vertrauens-körperleitung der VW AG in Baunatal. Das Treffen verlief in sehr angenehmer und vertrauensvoller Atmosphäre. Hier wurde vereinbart, dass man sich wechselseitig über wichtige Entwicklungen auf dem Laufenden halten wolle.

Im Anschluss daran wurde die öffentliche Sitzung gegen 18.00 Uhr in die Kasseler Nordstadt verlegt, wo sich mit rund 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer bereits nach kurzer Zeit ein sehr gutes und intensives Arbeitsklima entwickelte. Nach einem einleitenden Bericht der Abgeordneten, unter anderem zu dem Konflikt zwischen einer linken Mehrheit im Landtag und der geschäftsführenden Landesregierung, trugen die Bürgerinnen und Bürgern ihre Anliegen, Fragen und Anregungen vor. Besonders ging es dabei um die Privatisierung der Bahn wie auch um die Anhebung des Betreuungsschlüssels in den Kitas. Weiterhin wurden das Vorantreiben einer Energiewende sowie ein verstärktes Augenmerk auf das Waldsterben gefordert. Ebenso wurde über die Zukunft der Frauenpolitik wie auch die finanzielle Lage der Krankenkassen diskutiert.

Die Arroganz der Landesregierung in Bezug auf die Rückkehr in den TdL hat große Empörung ausgelöst.

Die erschreckenden Zahlen des Armutsberichts und wie damit umgegangen wer-

den sollte, nahm ebenso Raum ein wie ein Sachstandsbericht der Bürgerinitiativen gegen den Ausbau des „Fluchhafens“ Kassel-Calden. Hier klagt der BUND gerade gegen das Planfeststellungs-verfahren und es wird noch Geld für die Klage benötigt.

Ein weiteres Thema war die besondere Reisesituation von Asylsuchenden im hessischen Grenzgebiet, die zu einer Anfrage an die Landesregierung führen wird.

Im Anschluss, ab etwa 20:00 Uhr, nahm die Fraktion mit vielen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Tagung an einer Gedenkveranstaltung der VVN-BdA anlässlich des Jahrestages der Bücherverbrennung durch die Nazis teil.

Die große, positive Resonanz seitens der Bürgerinnen und Bürger bestärkt uns in der Absicht, diese Veranstaltung, „Fraktion vor Ort“ konsequent fortzuführen und darüber zu berichten. Wir brauchen die Rückmeldung, Anregungen und Kritik seitens der außerparlamentarischen Bewegungen, der Menschen vor Ort, die tagtäglich mit den Problemen zu tun haben, für deren Lösung wir im Hessischen Landtag streiten wollen. Somit verbleiben wir mit solidarischen Grüßen aus dem Hessischen Landtag und freuen uns auf die nächste Veranstaltung „Fraktion vor Ort“, die während des Hessentages am 10. Juni im Rathaus von Homberg/Efze von 14 bis 17 Uhr stattfinden wird.

gez. Marjana Schott

Fraktion vor Ort

DIE LINKE. auf dem Hessentag

Homberg/Efze vom 6. bis 15. Juni 2008

Vom 6. bis zum 15. Juni fand in Homberg/Efze der Hessentag 2008 statt, auf dem sich die LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag in der Landesausstellung mit einem eigenen Stand präsentierte. Am 10. Juni tagte die Fraktion öffentlich im Rathaus der Stadt Homberg/Efze.



Zu unserem Stand im Zelt der Landesausstellung kamen die Bürgerinnen und Bürger, wie wenn wir schon immer dabei wären, freundlich und interessiert auf uns zu. Gleich gegenüber hatte die Landtagsverwaltung ihren Stand, in dem über die Parlamentsarbeit und insbesondere über die Arbeit des Petitionsausschusses informiert wurde, aufgebaut. Neben uns befanden sich der Stand von Bündnis 90/Die Grünen, gegenüber davon der der FDP. Da war wesentlich weniger los als bei uns!

Um das Interesse an uns, besonders aber an unseren Inhalten noch zu steigern, hatten wir ein Glücksrad aufgebaut. Dieses war mit Artikeln aus dem Grundgesetz und der Hessischen Verfassung versehen, welche als Gewinnfelder galten. So beispielsweise das *Sozialstaatsgebot*, welches den Hauptpreis, einen Besuch im Hessischen Landtag bedeu-

tete, *Eigentum verpflichtet*, das *Widerstandsrecht* oder der *Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen*. Die Nieten waren unter anderem beschriftet mit *Studiengebühren*, *Abschiebung afghanischer Flüchtlinge*, *Föderalismusreform*, *Lissabon-Vertrag* oder *Arm trotz Arbeit*. Die Botschaft lautete: Wir kennen die Verfassung und kämpfen für ihrer Einhaltung, im Gegensatz zu einer geschäftsführenden Landesregierung, die sich etwa weigert, Mehrheitsbeschlüsse des Parlaments um zu setzen.

Des Weiteren hatten wir eine Pinnwand aufgestellt, an der die Besucherinnen und Besucher unseres Standes auf kleinen Zettel ihre Wünsche und Erwartungen an uns aufschreiben und aufhängen konnten. Und da ist einiges zusammen gekommen wie *Abschaffung der Studiengebühren*, *Weg mit Hartz IV* oder *Mindestlohn muss her*. Auf einem Zettel steht auch *Koch muss weg*.



Hier stauten sich manchmal die Leute, um am Gewinnspiel teilzunehmen. So kamen wir ins Gespräch und wurden wie selbstverständlich als politische Kraft wahrgenommen und akzeptiert. Ablehnung erfuhren wir ganz, ganz selten.

Wir haben die vielen Wünsche und Forderungen an uns mitgenommen und werden sie sorgfältig in der Fraktion auswerten, da unsere Arbeit im Hessischen Landtag für die

Fraktion vor Ort

Menschen in Hessen nur funktionieren kann, wenn wir ihnen zuhören und ihre Sorgen und Bedürfnisse ernst nehmen.

An unserem Stand war immer Leben. Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der Fraktion haben sich intensiv um die interessierten Leute gekümmert, Fragen beantwortet, Informationsmaterial verteilt, unzählige Male das Glücksrad drehen lassen. Auch wir Abgeordnete standen für Fragen und Gespräche zur Verfügung. Während der gesamten Zeit wurden von uns auch Gespräche mit Verbänden und Organisationen geführt. Ein dichtes Veranstaltungsprogramm mit Podiumsdiskussionen rundete den Tagesablauf auf dem Hessentag ab. Mehrere Beitritte konnten wir auch verzeichnen.

Unsere Arbeit wurde durch viele Genossinnen und Genossen des Landesverbandes unterstützt, die an einem eigenen Stand, durch das Verteilen von Material und der Hilfe am Frankfraktionsstand zum Erfolg unseres Auftritts beigetragen haben. Allen, die geholfen haben an dieser Stelle noch mal einen herzlichen Dank.

Auf der Bühne im Zelt der Landesausstellung kam es mit der Initiative „Wir mischen mit – Landtagswahl 2008“ zu einer interessanten Begegnung mit Schülerinnen und Schülern. Auf Initiative der Landeszentrale für politische Bildung und des LPR Hessen hatten 258 Schülerinnen und Schüler aus ganz Hessen im Landtagswahlkampf Berichte und Veranstaltungen mit verschiedenen Kandidaten der unterschiedlichen Parteien organisiert. Dazu gehörten unter anderem Podiumsdiskussionen, Reportagen und sogar Fernsehsendungen. Bei der Debatte vertrat Willi van Ooyen, der auch Kuratoriumsmitglied der Landeszentrale ist, die LINKE.

In unmittelbarer Nähe der Landesausstellung hatte die Bundeswehr einiges Kriegsgerät aufgebaut. Als besondere, zweifelhafte „Attraktion“ stand ein Tornado-Kriegs-

flugzeug zur Besichtigung bereit. Hier konnten wir unsere Forderung und unseren Einsatz dafür zum Ausdruck bringen, dass es künftig keinen Hessentag mehr gibt, bei dem solche Tötungsmaschinen aufgestellt werden. Dazu verteilten wir Flugblätter gegen den Kriegseinsatz in Afghanistan und für einen rüstungsfreien Hessentag.



Diese Aktion war so erfolgreich, dass die Landtagsfraktionen von FDP und die CDU es nicht lassen konnten, dieses Flugblatt zu einem dringlichen Antrag in der Plenarsitzung zu erheben. Alle Fraktionen außer uns haben sich dafür ausgesprochen, dass die Bundeswehr sich weiterhin am Hessentag beteiligen soll. Der CDU war es ein wichtiges Anliegen, dass alle Menschen erfahren, was wir für eine Haltung gegenüber der Bundeswehr haben. Es soll uns recht sein, wenn die CDU uns hilft, unsere Kritik an Kriegseinsätzen in eine breite Öffentlichkeit zu tragen. Bei unserer offenen Fraktionssitzung im Rathaus, von der wir hier nur in Auszügen berichten können, wurden wir von einem Stadtrat des Magistrats Homberg/Efze, Herrn Jürgen Kreuzberg, offiziell begrüßt. Auch interessierte Bürgerinnen und Bürger, besonders junge Menschen, und die örtliche Presse waren gekommen, um uns kennen zu lernen und mit uns zu diskutieren. Als Abgeordnete waren Barbara Cárdenas, Willi van

Fraktion vor Ort

Ooyen, Marjana Schott, Ulrich Wilken und Hermann Schaus vertreten.

Herr Kreuzberg berichtete über den erfolgreichen Auftakt des Hessentages, bei dem allein am ersten Wochenende über 300.000 Gäste zu verzeichnen waren. Die Stadt hoffe



und erwarte einen Besucherrückfluss von etwa 10 bis 15 %, um zum einen die getätigten Ausgaben der Stadt Homberg/Efze zur Ausrichtung des Hessentages wieder auszugleichen. Wesentlicher aber noch sei das langfristige Ziel, durch den erhofften Tourismus das Haushaltsloch von 1,8 Millionen Euro in Hombergs Stadtkasse ausgleichen zu können. Aus seinem Bericht und den Beiträgen seitens der Bürgerinnen und Bürger war deutlich heraus zu hören, dass Homberg/Efze nur ein Beispiel für die Auswirkungen der Unterfinanzierung und daraus folgender Strukturschwäche Nordhessens ist. Dies drückt sich besonders in der Abwanderung von Menschen aus dem nordhessischen Raum, vielfachen Schulschließungen oder einer schlechten Anbindung an den Öffentlichen Personennahverkehr aus, gegen die wir mit unserer Arbeit im Landtag versuchen, anzugehen. Hinzu kamen Berichte über vermehrte gewalttätige Übergriffe seitens Neonazis auf Menschen, die sich in der Antifaszene engagieren, Infostände organisieren und durchführen oder Ähnliches.

An dieser Stelle ist unsere Position ganz klar: Wir kämpfen gegen jede Form der Diskriminierung und fordern und unterstützen zivilgesellschaftliches Engagement und Aufklärung gegen Rechts.

Während der gesamten Zeit waren wir auch auf zahlreichen Diskussionen vertreten.

Beispielsweise diskutierten die Behindertenverbände mit den Abgeordneten aller Fraktionen über die bessere Integration der Behinderten in allen Lebensbereichen. Für uns war Marjana Schott mit auf dem Podium.

In einer weiteren Runde der nordhessischen Abgeordneten ging es um Autobahnausbau, den Flughafen Kassel/Calden und das Ferienresort Beberbeck. Hier konnte Marjana Schott gegen die irrwitzige Verschwendung von Mittel, die der Region letztlich wenig bringen, sinnvoll andiskutieren.

Am Samstag hatte Hermann Schaus Gelegenheit, unsere Positionen vor 5.000 Mitgliedern auf der VdK-Landestagung vorzutragen. Es wurde sehr bald deutlich, dass die Forderungen des VdK mit unseren Forderungen nach Bekämpfung der Armut, Reduzierung des gesetzlichen Rentenalters und nach sozialer Gerechtigkeit übereinstimmen. Aufgrund der Erfahrungen, die wir in der Zeit auf dem Hessentag gemacht haben, der Gespräche, die wir geführt haben, kann man sagen: Wir finden mit unseren politischen Inhalten große Zustimmung und sehen uns bestätigt in dem, wofür wir in Hessen arbeiten.

Soweit soll es das für dieses Mal gewesen sein. Wir verbleiben mit solidarischen Grüßen aus dem Hessischen Landtag und freuen uns auf die nächste Veranstaltung „Fraktion vor Ort“, die am 18.08.2008 in Dreieich stattfinden wird.

Nähere Informationen folgen auf unserer Homepage www.linksfraktion-hessen.de.

Barbara Cárdenas, Hermann Schaus, Marjana Schott, Willi van Ooyen, Ulrich Wilken, Janine Wissler

Fraktion vor Ort



Widerstand gegen den Flughafenausbau wächst!

Erstes Treffen mit den Bürgerinitiativen am 17. April 2008 - weiterer Termin im Kelsterbacher Wald am 26. Juni 2008

Der erste Termin nach dem Einzug in den Hessischen Landtag war bewusst gewählt. Am 17. April, gut eine Woche nach der Konstituierung des neuen Landtages, fuhren alle sechs Abgeordneten zum ersten „Orts-termin“ nach Kelsterbach. Auf Einladung der Bürgerinitiative IGEL und der Ortsgruppe des BUND besichtigten sie und zahlreiche BegleiterInnen das Waldgelände auf dem die neue Landebahn vorgesehen ist. Anschließend trafen wir uns mit den VertreternInnen der BI's zu einem ersten Informationsgespräch. Insgesamt waren 40 Teilnehmer, darunter auch Pressevertreter, dabei. Zunächst berichteten die Mitglieder der Bürgerinitiativen über den Stand der Ausbaupläne und den Widerstand dagegen. In der Diskussion waren wir uns schnell einig, dass der Druck von unten notwendig ist und die parlamentarischen wie die juristischen Initiativen entsprechend aktiv begleitet werden müssen. Die Abgeordneten sagten ihre volle Unterstützung im Kampf gegen den Ausbau zu und wollen auch entsprechende Initiativen, in Abstimmung mit den Initiativen, in den Landtag einbringen.

Spontan fand ein weiterer Termin von „Fraktion vor Ort“ bei den FlughafenausbaugegnerInnen im Kelsterbacher Wald statt. Dort kampieren seit Ende Mai bis zu 20 Personen, um gegen den Bau einer vierten Landebahn des Frankfurter Flughafens zu protestieren. Dazu haben sie Bäume mit Baumhäusern besetzt, ihre Zelte aufgeschlagen und sich ansonsten so eingerichtet, dass sie den Wald dauerhaft besetzen können. Das Protestcamp befindet sich direkt auf dem Gebiet der geplanten Landebahn. Die Gruppe der ProtestlerInnen ist bunt gemischt und besteht aus Mitgliedern von Robin Wood, den Bürgerinitiativen gegen den Flughafenausbau und Menschen, die die Aktion einfach unterstützen wollen.



Die Landtagsabgeordneten Willi van Ooyen, Janine Wissler, Marjana Schott und Hermann Schaus hatten sich kurzerhand entschlossen, aufgrund der von Fraport veranlassten Messungen und Probebohrungen am Wochenende zuvor, durch diesen Besuch die Solidarität der Fraktion mit den FlughafenausbaugegnerInnen noch mal deutlich zu machen. Der Empfang war herzlich und die Abgeordneten konnten sich durch die Berichte der BesetzerInnen einen guten Eindruck über die Lage vor Ort verschaffen.

Fraktion vor Ort

Besonders beeindruckend ist, wie sich die AktivistInnen im Wald eingerichtet haben und ihren Protest gestalten. Es sind etwa 15 bis 20 Zelte aufgebaut, in den Bäumen hängen Plattformen, auf denen übernachtet wird. Es gibt eine große Küche, in der gemeinsam gegessen und diskutiert wird. Es werden regelmäßig politische und kulturelle Veranstaltungen durchgeführt.



Das Vorhaben der Fraport, eine vierte Landebahn zu bauen und dafür die Rodung des Bannwaldes der Stadt Kelsterbach in Kauf zu nehmen, ist auch für uns, die Fraktion DIE LINKE, nicht hinzunehmen. Abgesehen davon, dass der Wald wesentlicher Bestandteil des Ökosystems in der Region ist, ist der Anstieg der Schadstoffbelastung voraussehbar und nicht verhältnismäßig. Hinzu kommt, dass der Wald die umliegenden Gemeinden vor dem Fluglärm schützt. Von deren Seite laufen gegenwärtig Klageverfahren gegen den Ausbau und solange die Klageverfahren nicht endgültig abgeschlossen sind, erwarten wir, dass von der Firma Fraport weiter keinerlei vorbereitende Maßnahmen im Kelsterbacher Wald durchgeführt werden.

Die frühere Argumentation der Ausbaubefürworter, es würden, alles zusammen genommen, 100.000 Arbeitsplätze in der Region geschaffen und die Wirtschaft-

lichkeit des Frankfurter Flughafens gesichert, ist zwischenzeitlich auf angebliche 18.000 Arbeitsplätze zusammengeschrunft und die sind auch sehr zweifelhaft, denn, wie wir aus der Entwicklung von Cargo-City-Süd wissen, fand lediglich eine Verlagerung von Arbeitsplätzen in der Region statt. Die ursprünglich prognostizierte Zahl basiert auf zwei zweifelhaften Gutachten, die jeweils eine Einschätzung dazu abgeben sollten, wie viele Arbeitsplätze am Flughafen selbst und durch die Ansiedlung neuer Unternehmen in der Region entstehen könnten. Abgesehen davon, dass Prognosen niemals Sicherheiten bedeuten, in diesem Fall der Öffentlichkeit aber so verkauft werden, kann nachgewiesen werden, dass die Faktoren, mit denen die Prognose erstellt wurde, veraltet, lückenhaft oder gar falsch sind.

Bei den in der Presse verkündeten laufenden Neueinstellungen im Zusammenhang mit dem Flughafenausbau, handelt es sich zum einen nicht um massenhafte Arbeitsplatzschaffung, sondern um die Einstellung von Sicherheitskräften, die nach EU-Richtlinien am Flughafen eingestellt werden müssen. Zudem ist nicht nachzuvollziehen, bei wie vielen der Neubeschäftigungen es sich um Beschäftigungsverhältnisse auf Niedriglohnniveau handelt.

Mehr Arbeitsplätze könnten im Übrigen auch dadurch entstehen, dass der ÖPNV ausgebaut und die bereits vorhandenen Kapazitäten der Flughäfen in der Region und darüber hinaus besser vernetzt werden.

Wir, die Fraktion DIE LINKE, unterstützen die GegnerInnen des Flughafenausbaus auch weiterhin in ihrem Protest. Wir machen uns stark für ein Ende der Subventionen des Flugverkehrs und den Ausbau des ÖPNV sowie die Verringerung der Belastung durch Fluglärm und Luftverschmutzung.

Bis zur nächsten Fraktion vor Ort mit solidarischen Grüßen, gez. Hermann Schaus

Abschiebegefängnis in Offenbach

Die Landtagsabgeordneten Barbara Cárdenas, Hermann Schaus, Marjana Schott und Janine Wissler haben am 3. Juli 2008 gemeinsam mit dem Offenbacher Kreistagsabgeordneten Per Oldehaver und dem Stadtverordneten Dr. Wolfgang Christian die Einrichtung für Abschiebehaft in Offenbach besucht

Ein Besuch im Gefängnis ist immer bedrückend – Menschen abgeschirmt hinter meterhohen und meterdicken Mauern, hinter Stacheldraht und langwierigen Sicherheitskontrollen, entmenschlicht durch den Verlust ihrer Freiheit, Privatsphäre und dem sozialem Umfeld. Für Flüchtlinge, die ohne gültige Papiere aufgegriffen werden und per Gerichtsurteil abgeschoben werden sollen, gelten bis zum Abschiebevollzug die Bestimmungen des Strafvollzugs. Sie werden deshalb wie Straftäter behandelt und weggesperrt, meist für drei Monate, manchmal auch bedeutend länger, zweihundert in Hessen jedes Jahr.

Mit „Erleichterungen“ im Vollzug zwar, wie beispielsweise einer größeren „Bewegungsfreiheit“ im Knast. Und wie im Abschiebeknast Offenbach mit durchaus engagiertem und qualifiziertem Personal: „Papa“ wird der offensichtlich nicht nur bei seinen Kollegen beliebte Strafvollzugsbeamte und Personalrat freundschaftlich von den Insassen genannt und auch so behandelt. Das wäre nicht überall so, sagt der gemütliche Beamte mit Dreitagebart in starkem hessischem Dialekt. Auch deshalb habe der hessische Abschiebeknast in Offenbach unter den Flüchtlingen einen „guten Ruf“. Dass man die Menschen hier wegschleife sei natürlich nicht schön, aber politisch so entschieden worden und von Gerichten angeordnet, sagen einmütig die Vollzugsbeamten. Der Anstaltsleiter berichtet, es gäbe im Knast kaum Konflikte, weder die Insassen untereinander, noch Insassen und Wärter hätten miteinander gravierende Probleme. Viele

Flüchtlinge hoffen ja noch auf den positiven Ausgang ihres Verfahrens, Petitionen, Härtefallregelungen, Wunder... Das diszipliniert, die meisten benehmen sich anständig. Sie bilden eine Schicksalsgemeinschaft und warten. Auf was? Wenn die Abschiebung kommt, dann kann es problematisch werden, am Flughafen spätestens. Aber das machen dann Polizei und LKA.

Nach fast drei Stunden ausführlichem Gespräch mit Anstaltsleitung, Personal und einigen Insassen sitzen wir im Café und beraten den Schliff der gemeinsamen Pressemitteilung. Aber es geht nicht so schnell heute. Wer Knäste kennt, der hat zwar schon Schlimmeres gesehen, man will fast sagen, der ist Schlimmeres *gewöhnt!* Aber wir können uns in diesem Moment nicht *gewöhnen*: Menschen, deren Muttersprache oft deutsch ist, die hier wenigstens Manches hatten und woanders vor dem Nichts stehen, die vielleicht in Kriegsgebiete geschickt werden, die sich am Flughafen dann doch noch wehren, manchmal, wie wir wissen, mit tödlichem Ausgang... Diese Menschen gehen im gewohnten Gang der in Verantwortungsbruchteile zerstückelten Abschiebep Praxis, bei der jeder nur seine Pflicht getan hat, unter. Erleichterungen im Offenbacher Vollzug hin oder her.

Wir beschließen uns den Abschiebebereich im Frankfurter Flughafen und hessische Knäste mit straffällig gewordenen Ausländern als nächstes vorzunehmen. Das wird menschlich noch mal härter.

In der Pressemitteilung wird stehen: „*Gerade vor dem Hintergrund, dass sich auf unseren Antrag hin die Mehrheit des hessischen Landtags gegen die Abschiebung von Flüchtlingen ins afghanische Kriegsgebiet ausgesprochen hat und im Herbst die Neubesetzung der Härtefallkommission bevorsteht, wäre es verantwortungslos, die Mehrheitsverhältnisse nicht für eine weitere notwendige Verbesserungen der zum Teil sehr schrecklichen Lage von Flüchtlingen zu nutzen.*“

Adrian Gabriel

Reden der Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE

Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend eine Aktuelle Stunde Frieden schaffen ohne Waffen! Kein US-Hauptquartier in Wiesbaden

Willi van Ooyen (DIE LINKE):

Guten Morgen, sehr verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Zwei Jahrzehnte nach dem Ende des Kalten Kriegs beabsichtigt die US-Regierung unter ihrem Präsidenten George W. Bush, keinen nachhaltigen Truppenabzug aus Europa durchzuführen, sondern seine große militärische Präsenz in Deutschland beizubehalten. Die zunächst angedachte Umstrukturierung und Reduktion auf 24.000 US-Soldaten soll nunmehr auf 43.000 Soldaten sowie ca. 10.000 zivile Kräfte festgelegt werden. Diese dauerhafte Stationierung ist kein Signal für eine friedenspolitische Entwicklung. Sie entspricht vielmehr einem militärpolitischen Kalkül.

Die Präsenz der US-Armee, die mit Blick auf die verschiedenen Kriegsschauplätze der Welt für zum Teil völkerrechtswidrige Zwecke genutzt wird, erstreckt sich auf 823 größere Liegenschaften – jenseits der Grenzen der USA. Davon befinden sich derzeit 287 Liegenschaften, also rund ein Drittel, in Deutschland. Durch die Inanspruchnahme von Infrastruktur für den militärischen Betrieb entstehen aufgrund verschiedener Abkommen Verteidigungsfolgekosten – das sind: Ausgaben für Unterstützungsleistungen ziviler Arbeitskräfte, für die Regulierung von Manöverschäden sowie für den Unterhalt der Liegenschaften. Nach offiziellen Angaben beliefen sich die Kosten zwischen 2001 und 2006 jährlich auf 460 Millionen €. Die Hessische Landesregierung, auch Herr Ministerpräsident Koch persönlich, bemüht sich, die US-Garnison in Wiesbaden zu verstärken. Das Hessische Ministerium der Finanzen schreibt am 7. September 2007 an das Ministerium für Wirtschaft unter dem Betreff „Landbeschaffung für US-Streitkräfte in Wiesbaden“ – ich zitiere –: Die Umsiedlung des US-Headquarters von Heidelberg nach Wiesbaden hat für die Hessische Landesregierung hohe Priorität.

(Demonstrativer Beifall bei der CDU und der FDP)

Zur Klärung der planungsrechtlichen Voraussetzungen und der Landbeschaffung sollen alle Möglichkeiten der Beschleunigung genutzt werden.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sehr gut!)

Von Heidelberg kann man lernen. Die Heidelberger wollen mehr US-amerikanische Touristen. Das wollen wir auch.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Ach, mach Sachen! Ich dachte, die Kollegen aus Russland!)

Die Hessische Landesregierung setzt sich dafür ein, dass die Zahl der US-Soldaten steigt.

(Horst Klee (CDU): Was ein Quatsch!)

Was das für Wiesbaden bedeutet, kann man ahnen, wenn man an den Bush-Besuch vom 23. Februar 2005 in Mainz und Wiesbaden denkt. Ich war an diesem Tag der Organisator des Protestes in Mainz.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Haben Sie schon einmal gegen Herrn Putin demonstriert?)

– Natürlich.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Wann denn? – Horst Klee (CDU): Ostermarschierer!)

Sie haben möglicherweise die gespenstische Atmosphäre nicht erlebt, weil Sie nicht dort waren. Ich habe die gespenstische Atmosphäre am 23. Februar in Mainz erlebt. Dort haben wir gemeinsam mit der amerikanischen Friedensbewegung gegen den Versuch des militärischen Schulterchlusses zwischen den USA und Deutschland demonstriert, als das ganze Rhein-Main-Gebiet flachgelegt war. Schulen wurden geschlossen.

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Der regionale Verkehr wurde lahmgelegt, Briefkästen wurden abhängt, Kanaldeckel verschweißt.

(Horst Klee (CDU): Das wäre alles beim Umzug nicht passiert!)

Die Menschen durften sich in ihren Wohnungen nicht mehr frei bewegen, z.B. Balkone nicht betreten und

mussten in ihren Wohnungen von den Fenstern fernbleiben. – George Orwells Roman „1984“ hatte beklemmende Aktualität.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Die US-Armee will mit Hilfe der Hessischen Landesregierung das neue US-Hauptquartier Europe in Wiesbaden errichten. Der Krieg gegen den Terror soll mit der Umstrukturierung optimiert werden.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Der Mensch ist nicht von dieser Welt!)

Das ist die Leitlinie. Wiesbaden spielt damit in den Plänen für die künftige globale Kriegslogik der US-Armee eine zentrale Rolle.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Jetzt wissen wir auch, warum der Verfassungsschutz Sie richtigerweise beobachtet!)

Solche Umstrukturierungen und die damit verbundenen finanziellen Belastungen sind nur dann in sich logisch und sinnvoll, wenn weltweite Militäreinsätze zur traurigen Normalität werden. Das neue Hauptquartier in der hessischen Landeshauptstadt soll künftig eine von nur wenigen, aber schlagkräftigen US-Joint Main Operating Bases werden. Dieser Standort spielt im Irakkrieg eine wichtige Rolle. Hier sind Einheiten des Militärgeheimdienstes stationiert, die für die Folter der irakischen Gefangenen, unter anderem in Abu Ghuraib, verantwortlich sind.

(Horst Klee (CDU): Besser als der KGB! Sagen Sie einmal etwas zu der ehemaligen Sowjetunion! – Gegenruf der Abg. Marjana Schott (DIE LINKE): Die sollen nicht in Wiesbaden stationiert sein!)

Wenn Sie mir das nicht abnehmen, können Sie das Dokumentationen von Amnesty International und diversen Zeitungsberichten entnehmen. Wiesbaden soll zur Geheimdienstzentrale ausgebaut werden. Die illusionären Hoffnungen der Stadt Wiesbaden, die Installation des Headquarters würde Kaufkraft nach Wiesbaden bringen, und deshalb müsste diese Einrichtung begrüßt werden, ist eine Luftblase.

(Horst Klee (CDU): Wir brauchen Ihre Ratschläge hier in Wiesbaden überhaupt nicht!)

Nach unseren Informationen werden weder hiesige Architekten noch das Baugewerbe für die Installation der erforderlichen Einrichtungen und Wohnhäuser gebraucht, noch wird sich der Einzelhandel – das ist jedenfalls die Erfahrung aus allen anderen Militärstandorten – darauf einstellen können, dass man größere Einnahmen hat. Aus Sicherheitsgründen wird sich das normale Leben der Militärs hinter hohen und abgegrenzten Sicherheitszäunen abspielen.

(Michael Boddenberg (CDU): Schlimm genug! Weil solche Reden gehalten werden!)

Ich kann nicht ganz ausschließen, dass einige Diskotheken und Bars davon profitieren. Aber das ist marginal.

(Zuruf der Abg. Elisabeth Apel (CDU))

Um die Erweiterung der US-Militärpräsenz zu ermöglichen, wurde inzwischen ein Landbeschaffungsverfahren eingeleitet,

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Man merkt doch, auf wessen Gehaltsliste Sie gestanden haben, wer Sie bezahlt hat! Unglaublich, was hier im Landtag abgeht!)

mit dem in der unmittelbaren Nähe des Flughafens Erbenheim weitere rund 40 ha Fläche zur Verfügung gestellt werden sollen. Dies betrifft überwiegend das ökologische Projekt Domäne Mechtildshausen.

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Hier wird die Intention der Landesregierung abermals deutlich: lieber Flächen für das Militär als für sinnvolle soziale Projekte.

(Horst Klee (CDU): So ein Quatsch!)

Die Installation des Headquarters

Vizepräsident Dieter Posch:

Herr van Ooyen, bitte.

Willi van Ooyen (DIE LINKE):

ist aus friedenspolitischer Sicht falsch und muss verhindert werden. Dafür werden wir uns in der Friedensbewegung weiter engagieren.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): In der Friedensbewegung! – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Eijejei!)

Unsere Forderung an die Landesregierung: keinerlei Unterstützung für ein US-Headquarter in Wiesbaden. Wir fordern nach wie vor Abrüstung statt Sozialabbau. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Eijejei!)

Rede von Marjana Schott bei der Demo gegen Rechts am 2. August 2008 in Schwalmstadt-Treysa

Wir erleben steigende Gewaltbereitschaft insbesondere bei Jugendlichen und wir erleben, wenn wir es denn wahrhaben wollen, ein Wachsen der rechten Szene.

Wenn wir ein Abdriften der Gesellschaft und insbesondere der Jugend nach rechts verhindern wollen, wenn wir ein Abdriften in Gewalt verhindern wollen, müssen wir uns schnellstens über die Ursachen von Gewalt klar werden. Unsere Gesellschaft fällt immer mehr auseinander und das seit vielen Jahren. Arbeitslosigkeit ist nicht mehr die Ausnahmesituation. Jeder weiß, es kann mich morgen auch treffen. Die Zeiten in denen Menschen in diesem Land sich wirtschaftlich abgesichert fühlten, sind lange zu Ende. Kinder wachsen zunehmend auf, indem sie Armut und Ausgrenzung als Alltag erleben. Die fast grenzenlose Flexibilisierung der Arbeitszeiten greift tief in das Leben der Familien ein. Die öffentlichen Angebote für Hilfe und Unterstützung durch Beratungsstellen, Freizeitangebote der Jugendzentren, die Arbeit der freien Träger, ja sogar der Kirchen, werden über die finanziellen Mitteln mehr und mehr eingedampft.

Wir müssen uns nicht wundern, wenn bei jungen Menschen ein Gefühl der Ohnmacht, der Nutzlosigkeit und schließlich Frust und aus dem Frust Wut entsteht

Als mein Sohn mir mit 16 Jahren erklärte, es sei für ihn völlig sinnlos, sich in der Schule anzustrengen, zu lernen und einen Schulabschluss zu erreichen, war das keine Ausrede für Faulheit, sondern es folgte eine messerscharfe Analyse seiner Zukunftserwartung, die das Wort Zukunft gar nicht verdient. Er meinte, wenn er einen Haupt- oder Real-schulabschluss machen würde, bekäme er sowieso keinen Ausbildungsplatz. Zum Nachweis führte er die Zahlen der Schulab-

gänger seiner Schule des Vorjahres an und die waren erschreckend. Sollte ihm das doch gelingen, würde er aber danach wohl keinen Arbeitsplatz in seinem Beruf finden und zählte einige junge Menschen in unserem Umfeld auf, denen es so ergangen war. Wenn er Abitur machen würde, wäre er nicht sicher, ob er einen Studienplatz bekommt und wenn er einen bekäme und fertig würde, gäbe es nichts außer einem Praktikum, für das es nicht mal Geld gäbe. Wenn die Arbeitslosigkeit ihn so sicher ereilen würde, mache es auch keinen Sinn, sich abzustrampeln.

Ich war tief erschüttert über dieses Weltbild meines Kindes. Als ich so alt war, stand mir die ganze Welt offen. Alles war möglich. Die einzige Begrenzung war die meiner Fähigkeiten. Was macht eine solche Zukunftserwartung mit jungen Menschen? Mein Sohn war ein privilegiertes Kind: Er ist deutscher Staatsbürger, weißer Hautfarbe, seine Eltern sind nicht erwerbslos. Er hatte Zugang zu kultureller Bildung, Bibliotheken und Museen. Seine Interessen und Neigungen wurden gefördert und seine Eltern hatten in bescheidenem Maß Vitamin B. Wie mag es einem Kind gehen, das all das nicht hat? Das mit vererblicher Arbeitslosigkeit, Armut und der Ausgrenzung aus weiten Bereichen des kulturellen Lebens zurecht kommen muss?

Wir haben hier im Schwalm-Eder Kreis zurzeit 3.177 Kinder im Hartz IV-Bezug. Wir haben in Hessen 13.000 Jugendliche ohne Ausbildungsplatz. Die Zahl der Schulabbrecher sinkt, dafür steigt die Zahl der Kinder, die sonderbeschult werden. In der Gruppe der Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Hessen sind die Zahlen der Schulabbrecher am höchsten, dafür die mit Ausbildungsplatz am niedrigsten.

In Hessen leben Menschen aus vielen Nationen, die wir in vielfältiger Art ausgrenzen. Für die Ausgegrenzten hat das Folgen, aber auch für die Ausgrenzenden. Man schaut auf die anderen, projiziert auf der einen Seite Ängste und Wut, auf der anderen Seite Neid und Wut. So schafft und erhält man Feindbilder,

auf die dann in Aggressionen gerichtet werden. Wenn es Menschen schlecht geht, fühlen sie sich oft besser, wenn sie auf andere herabschauen können oder andere für ihren Zustand verantwortlich machen können. Eine solidarische Gesellschaft muss an solchen Stellen immer einschreiten.

In 16 Ländern Europas haben so genannte Drittstaaten-Ausländer kommunales Wahlrecht, nicht so in Deutschland. Wer von der Teilhabe und der politischen Willensbildung ausgeschlossen wird, ist nicht Teil einer demokratischen Gesellschaft, fühlt sich nicht so und wundert's, wenn er sich am Ende auch nicht so verhält. Doppelte Staatsbürgerschaften lösen das Problem in vielen Ländern der Welt. Wir schließen auch diese Möglichkeit aus. Hier leben Menschen seit vielen Jahren, manche sind hier geboren und aufgewachsen und werden trotzdem von wesentlichen Grundrechten ausgeschlossen. Wie ernst ist es uns, wenn wir sagen, wir wollen die Integration.

Diese Maßnahmen kosten übrigens keinen Cent.

Gut organisierte Jugendarbeit kann wie ein Frühwarnsystem funktionieren und vermittelt Werte. Rechte Gruppierungen engagieren sich intensiv im Bereich der Jugendarbeit. Vieles davon wird öffentlich wenig sichtbar und läuft über Flüsterpropaganda – funktioniert aber. Wenn wir die Freizeitangebote immer mehr kaputt sparen, den Jugendlichen den Raum nicht geben, den sie brauchen und auch die Aufmerksamkeit nicht, müssen wir uns nicht wundern, wenn andere die Lücken nutzen.

Wir sparen an unseren Kindern und wundern uns, dass das Auswirkungen hat. Es beginnt mit der Betreuung in den Kitas. Die Gruppen sind zu groß, die Räume zu klein und es gibt zu wenig Personal und so geht es in der Schule weiter. Nach der 4. Klasse beginnt das Sortieren nachhaltig. Wir halten in der Bundesrepublik an einem überkommenen Schulsystem fest. Ich kenne kein anderes Land in Europa, das so mit seinen Kindern umgeht. Und die Verteidiger dieses Schulsystems behaupten immer noch, nur so könne

man Kindern etwas beibringen.

Der Rest der Welt um uns herum zeigt uns, wie es anders und besser geht, aber wir haben natürlich Recht. Gemeinsam zur Schule zu gehen, bedeutet, sich besser kennen zu lernen, miteinander, nicht gegeneinander zu lernen. Unser System trimmt Kinder vom ersten Schultag an auf Konkurrenz. Nur wenn ich besser bin als die anderen, bekomme ich gute Noten, nur wenn ich gute Noten habe, kann ich zur weiterführenden Schule gehen, nur wenn ... nur wenn. Wir vermitteln Konkurrenz und nicht Solidarität. Wir erziehen zum Ich und nicht zum Wir. Wir setzen auf Ausgrenzung statt Integration. Wir sollten uns fragen, welche Werte uns wirklich wichtig sind. Wir sollten uns fragen, wie eine Gesellschaft aussehen soll, in der wir leben wollen. Genau das geschieht aber nicht.

Wir alle gehen meistens von den Gegebenheiten aus und fragen uns, wie wir sie verbessern können. Schauen dann nach den Mitteln, stellen fest, wir haben sie nicht und resignieren. Nach dieser Methode agiert auch die Politik. Ich will, dass wir uns überlegen, wie unsere Gesellschaft aussehen sollte und dann müssen wir nach dem Weg suchen, wie wir unser Ziel erreichen. Wenn ich ein Bild vor Augen habe, ein Ziel für das sich der Einsatz lohnt, bin ich auch bereit, etwas dafür zu tun. Ich möchte, dass wir gemeinsam einen Entwurf einer solidarischen Gesellschaft schaffen. Ein buntes lebendiges Bild, in dem Menschen im Mittelpunkt stehen. In dem es darum geht, wie wir alle gut leben können, unsere Begabungen einbringen können, bei unseren Schwächen gestützt werden. Ich will eine Vision, für die es lohnt, zu streiten.

Ich lade alle ein, mit mir, mit uns daran zu arbeiten, den Aufbruch in eine demokratische, solidarische, soziale Gesellschaft auf breite Füße zu stellen und an einer Veränderung aktiv teil zu haben.

Rede in der Aktuellen Stunde am 17. Juni 2008 zum Gesetzentwurf von SPD und Grüne zur Abschaffung der Studiengebühren an hessischen Hochschulen

Janine Wissler (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kommilitoninnen und Kommilitonen!

Heute entscheidet der Hessische Landtag über die Bildungs- und Lebenschancen vieler heutiger und zukünftiger Studierender. Gerade für Kinder aus einkommensschwachen Familien und Arbeitnehmerhaushalten sind Studiengebühren eine enorme Hürde für die Aufnahme eines Hochschulstudiums.

(Michael Boddenberg (CDU): Ich finde, Sie könnten die Gebühren zurückzahlen!)

Deshalb ist das heute nicht irgendeine Abstimmung, sondern hier geht es für viele Menschen in Hessen um eine existenzielle Frage.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CDU)

Umso verwerflicher ist das Verhalten der geschäftsführenden Landesregierung im Umgang mit dieser Entscheidung. Herr Ministerpräsident – er ist gerade nicht da –, Ihre Regierungserklärung war ein Schlag ins Gesicht der hessischen Studierenden und vieler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die sich über die Abschaffung der Studiengebühren gefreut haben und jetzt verunsichert sind.

(Michael Boddenberg (CDU): Die Arbeitnehmer haben sich nicht gefreut! Das sehen Sie falsch! Genau das Gegenteil ist der Fall, Sie haben keine Ahnung von der Arbeitswelt!)

– Ach, hören Sie doch auf mit Ihrer Krankenschwester. Das glaubt Ihnen doch keine einzige Krankenschwester, dass sie etwas davon hat, wenn Sie Studiengebühren einführen.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)
Sie wollten SPD und GRÜNE vorführen – auf Kosten derjenigen Menschen in Hessen, für die 500 € verdammt viel Geld sind.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Erster Vizepräsident Lothar Quanz:

Frau Wissler, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Dr. Wagner?

Janine Wissler (DIE LINKE):

Die gestatte ich nicht. Herr Wagner möge zuhören, vielleicht erübrigt sich dann seine Frage.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Familien mit zwei studierenden Kindern müssen 2.000 € im Jahr aufbringen. Das ist für viele Familien der Sommerurlaub. Diese Menschen haben sich über ein kleines bisschen mehr soziale Gerechtigkeit gefreut, über ein wenig bessere Chancen für ihre Kinder und über etwas Entlastung. Das Verhalten der geschäftsführenden Landesregierung ist arrogant und zynisch, und zwar nicht gegenüber der Landtagsmehrheit, sondern gegenüber diesen Familien und den Studierenden in Hessen.

(Beifall bei der LINKEN – Frank Gotthardt (CDU): Wer hat denn den Fehler gemacht?)

Auch auf der Regierungsbank sollte man nicht vergessen, dass 500 € für die meisten Menschen ein kleines Vermögen sind. Und das alles für zwölf Tage Schadenfreude und Genugtuung in der Staatskanzlei, die mit dem heutigen Tage zu Ende gehen werden.

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Es gibt keinen Grund zur Genugtuung, wenn man sich die Geschichte Ihres Gesetzes anschaut.

(Frank Gotthardt (CDU): Sie hätten zu Hugo Chávez gehen können!)

– Herr Kollege, in Venezuela gibt es keine Studiengebühren.

(Zurufe von der CDU)

Zunächst wollten Sie ausländische Studierende diskriminieren, denn die sollten das Dreifache zahlen. Das wollen wir an dieser Stelle auch nicht vergessen.

(Zurufe von der CDU und des Abg. J.-Uwe Hahn (FDP))
Damit haben Sie erneut Ihr fremdenfeindliches Profil unter Beweis gestellt.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das ist abenteuerlich!)

Das konnten Sie nicht halten. Dann kamen die Proteste und der große Unmut, und schließlich konnten Sie auch Udo Corts nicht mehr halten. Und ab heute ist das gesamte Studienbeitragsgesetz in Hessen Geschichte.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Auch zum Urteil des Staatsgerichtshofes möchte ich ein paar Worte sagen. Dieses knappe Urteil gibt keinerlei Anlass zu Triumphgeheul aufseiten der Regierung.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

6 : 5 ist alles andere als eine souveräne Mehrheit und lässt viele Zweifel und Fragen offen. Dieses Urteil wird dem Geist der Verfassung nicht gerecht. Hessen ist das einzige Land, das die Unentgeltlichkeit der Bildung in der Verfassung verankert hat. Dieses Urteil hat den Art. 59 in sein Gegenteil verkehrt. Das kann nicht im Sinne der Mütter und Väter der Hessischen Verfassung sein.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Was hat der Staatsgerichtshof entschieden?)

Die Begründung dieses Urteils ist ein Beispiel dafür, wie auch in der Justiz ökonomische Sichtweisen den Blick auf die soziale Wirklichkeit verstellen: Der Studierende soll eine langfristige Investitionsentscheidung treffen. Der Gedanke, dass Studium etwas mit Bildung zu tun hat, dass Bildung etwas mit demokratischer und kultureller Teilhabe zu tun hat, kam der Richtermehrheit leider nicht in den Sinn.

Die Begründung ist in Teilen mehr als fragwürdig. Das Gericht hat Verschuldung als eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage gedeutet.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sie haben mit der unabhängigen Justiz ohnehin Ihre Probleme!)

Nach allgemeinem Verständnis ist Verschuldung aber ganz im Gegenteil eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage. Menschen leihen sich Geld, weil sie keines haben, und das müssen sie dann mit Zinsen zurückzahlen.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Wenn die geschäftsführende Landesregierung diese Auslegung teilt, dass Geld aus Schulden Geld aus Vermögen gleichzusetzen sei, dann möchte ich die Frage der Verschuldung gerne in der Haushaltsdebatte erneut aufgreifen, denn da reden Sie ständig gegen neue Verschuldung.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD –

Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

DIE LINKE bleibt dabei: Studiengebühren widersprechen dem Geist der Verfassung. Vor allem aber sind sie sozial ungerecht. Daher ist für uns die Einführung von Studiengebühren – oder vielmehr jetzt: ihre Abschaffung – primär eine

politische und keine juristische Frage.

Im Landtag gibt es eine Mehrheit zur Abschaffung der Studiengebühren. Noch viel wichtiger ist: Es gibt in der Gesellschaft eine Mehrheit für die Abschaffung der Studiengebühren. Das haben Sie am 27. Januar auch erfahren.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Nach wie vor fordert DIE LINKE die Rückzahlung der bereits gezahlten Studienbeiträge. Unser Gesetzentwurf hat die Rückzahlung beinhaltet. Wir bedauern es sehr, dass SPD und GRÜNE gegen diese Forderung der Studierendenbewegung gestimmt haben.

Wenn die Gebühren abgeschafft werden, dann für alle. Den Studierenden und ihren Eltern muss das bisher gezahlte Geld zurückgegeben werden.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Die Abschaffung der Studiengebühren ist nicht der Erfolg dreier Fraktionen im Landtag, sondern ein Erfolg der Studierendenbewegung und zeigt: Wer kämpft, kann gewinnen.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der CDU)

Es gab unzählige Demonstrationen und Veranstaltungen. Bahnhöfe wurden besetzt, Autobahnen blockiert; Institute wurden bestreikt. Das alles hätte ohne den Rückhalt und die Sympathie in der Bevölkerung nicht zum Erfolg geführt. Das drückt sich unter anderem auch in den 80.000 Unterschriften zur Volksklage aus.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das ist unglaublich, was Sie hier erzählen!)

Auch heute finden an zahlreichen Hochschulen in Hessen Vollversammlungen und Proteste statt. Auch vor dem Hessischen Landtag finden gerade Proteste statt. Ich finde es sehr traurig, dass sich ein Parlament mit Polizeiketten vor seinen Bürgern schützen muss. Ich finde, das spricht Bände.

(Zurufe von der FDP)

DIE LINKE wendet sich gegen alle Versuche, die Studierendenbewegung zu kriminalisieren. Protest und Widerstand sind ein Grundrecht, und das darf nicht eingeschränkt werden.

(Beifall bei der LINKEN – Michael Boddenberg (CDU): Wie bei Erich Honecker!)

Von Hessen geht an alle Studierenden, die deutschlandweit von Studiengebühren betroffen sind, ein Signal aus. Deshalb sende ich die besten Grüße nach Düsseldorf, weil dort gerade eine NRW-weite Studentendemonstration stattfindet, und zwar

unter dem Motto: Was Hessen kann, das können wir schon lange.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Abschaffung der Studiengebühren kann nur ein Anfang sein. Eine grundsätzliche Veränderung in der Hochschul- und Bildungspolitik ist notwendig. Bildung darf sich nicht an der Verwertbarkeit auf dem Markt orientieren; und Bildung muss mehr sein als Ausbildung.

(Michael Boddenberg (CDU): Frau Kollegin, ein Rechtsanspruch auf Masterabschlüsse!)

DIE LINKE tritt für die Förderung kritischer Wissenschaften sowie für eine grundlegende Demokratisierung von Hochschulen ein. Wir wollen weg vom Präsidialsystem und hin zu mehr Mitbestimmung von Studierenden und Mitarbeitern.

(Beifall bei der LINKEN – Michael Boddenberg (CDU): Anarchie heißt das, Frau Kollegin!)

– Herr Kollege, das heißt nicht Anarchie; das nennt sich soziale Gerechtigkeit und Demokratie.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich habe der Presse entnommen, dass die FDP – insbesondere Frau Beer – nun vollmundig ankündigt, die Studiengebühren dann wieder einführen zu wollen, wenn sich die parlamentarischen Mehrheiten verändert haben. Die FDP-Fraktion ist bei der Frage der Studiengebühren weit davon entfernt,

parlamentarische Mehrheiten zu haben. Und Frau Beer sei gesagt: „Mein Lebensweg wäre mit Schulgeld und Studiengebühren anders verlaufen.“ Das gilt nicht nur für mich, sondern auch für Frau Ruth Wagner, Ihre ehemalige Landesvorsitzende sowie Wissenschaftsministerin. Frau Wagner hat dies nämlich auch gesagt, und sie hat damit völlig recht.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN – Florian Rentsch (FDP): Frau Wagner, sensationell!)

Sie ist davon überzeugt, dass die Landesverfassung allgemeine Studiengebühren ausschließt; und sie warnte vor der „gefährlichen Schieflage“, die aufgrund der sozialen Herkunft der Studierenden entstehen könne. „Ich werde mein Leben lang dafür eintreten, dass es keine Studiengebühren gibt“, sagte Frau Wagner auf dem Parteitag der FDP.

(Beifall bei der LINKEN)

Damit hat sie recht, denn der freie Hochschulzugang wurde erkämpft; und es gilt heute, diesen zu verteidigen. Mit der LINKEN wird es keine Rückkehr zu den Studiengebühren – in welcher Form auch immer – geben.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich bin mir auch sicher, dass die hessischen Studierenden dies nicht zulassen werden. In diesem Sinne: Für Solidarität und freie Bildung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sie will noch die Internationale singen, das passt doch!)

Rede des Abgeordneten Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE) anlässlich des Antrages der Fraktionen der CDU und der FDP betr. finanzwirksamer Anträge und Beschlüsse des Hessischen Landtages im Haushaltsjahr 2008

Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Auch wir von der LINKEN schließen uns eindeutig der Forderung an, die rechtzeitige Vorlage des Haushaltsplanentwurfs – sprich: im September – in diesem Parlament sicherzustellen. Ich glaube, ich muss jetzt nicht noch einmal aus dem

Haushaltsaufstellungserlass zitieren. Das haben meine Vorredner bereits zur Genüge getan. Aber, Herr Koch, die Begründung dafür, nämlich dass man den Haushaltsplanentwurf nicht rechtzeitig habe erarbeiten können, weil in Hessen unklare Verhältnisse geherrscht hätten, ist nun wirklich lächerlich. Wir hoffen nur, dass Sie sich, wenn Sie nicht vernünftig arbeiten konnten, in diesem Zeitraum auch keine Besoldung und keine Bezüge ausgezahlt haben.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Stattdessen strafen Sie mit Ihrem Vorgehen Ihr eigenes Versprechen Lügen, als geschäftsführende Regierung Partner des Parlaments zu sein. Herr Kollege Milde, Sie haben sich hier vor wenigen Minuten darauf gefreut, endlich einen Sommerwahlkampf führen zu dürfen. Dazu sage ich eindeutig: Es kann nicht die Aufgabe der Mitglieder des Parlaments sein, sich darauf zu freuen, eventuell

Neuwahlen organisieren zu müssen. Wir sind von den hessischen Bürgerinnen und Bürgern gewählt worden, und es ist unsere Aufgabe, in diesem Parlament Politik zu machen. Es ist nicht unsere Aufgabe – auch nicht, weil jetzt Sommermonate folgen –, nach Neuwahlen zu schreien. Das geht nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Kollege Milde, Sie haben weiterhin gesagt, dass wir, die Mitglieder des Parlaments, doch festlegen sollten, wie viel wir ausgeben wollen. Dem komme ich gern nach; denn noch wichtiger als die rechtzeitige Vorlage eines Haushaltsplanentwurfs ist uns, dass ein Entwurf vorgelegt wird, der in die richtige Richtung geht. Dann können wir, wie mein Vorredner ausgeführt hat, auch darüber debattieren, welche politischen Ansätze im Haushaltsplan enthalten sein müssen. Wir dürfen selbstverständlich nicht nur über die Ausgabenseite reden, sondern wir müssen uns vor allen Dingen auch mit der Einnahmenseite unseres Haushalts beschäftigen. Dabei dürfen wir uns nicht nur auf die Steuerschätzungen beziehen, die natürlich enorm wichtig sind, wenn es darum geht, festzustellen, wie viel Geld wir haben. Wir werden aber auch wieder politisch gefordert sein, uns zu überlegen, wie wir zu einer anderen Einnahmensituation in den öffentlichen Haushalten – auch im hessischen Landeshaushalt – kommen können.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Wie denn?)

Wir werden nicht müde, zu sagen, dass neben der konjunkturellen Schwäche der letzten Jahre, die natürlich ebenfalls zur Schwächung der öffentlichen Haushalte geführt hat, ein wesentlicher Effekt die verfehlte Steuerpolitik – auch der damaligen rot-grünen Bundesregierung – seit dem Jahr 2000 war.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Im Landtag?)

Das Ergebnis ist, dass insbesondere reiche Haushalte von den Steuersenkungen profitiert haben. Durch die Reform der Körperschaftsteuer gilt das auch für den Unternehmenssektor. Dadurch gehen nach Angaben des Finanzministeriums des Bundes in Deutschland insgesamt – damit letztendlich auch dem hessischen Landeshaushalt – jährlich 11 Milliarden € verloren. Es gibt keinen Zwang, Steuersätze für reiche Haushalte oder für Unternehmen zu senken. Auch für uns Hessen lohnt es sich immer noch, nach Skandinavien zu blicken. Dort haben wir nach wie vor gut ausgebaute Wohlfahrtsstaaten, die insbesondere durch hohe Spitzensteuern finanziert werden. Die Konsequenz ist dann eben auch, dass die öffentliche Hand in Finnland, Norwegen, Schweden und Dänemark ein quantitativ und qualitativ viel

bedeutenderer Arbeitgeber ist als in Deutschland und damit natürlich auch in Hessen. Wenn wir über Einnahmen reden – gestern haben wir über die Erbschaftsteuer diskutiert –, ist nach unserer Ansicht vor allem auch die Vermögensteuer in den Blick zu nehmen; denn das Aufkommen aus dieser Steuer fließt zu 100 % den Bundesländern zu. Jetzt kommen wir zum hessischen Haushalt. Für uns Hessen würde ein Wiedererheben der Vermögensteuer auf einem Niveau, das dem unserer Nachbarländer entspricht, Folgendes bedeuten.

(Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Es gibt einen Freibetrag von 500.000 €. Um das nicht nur in Euro, sondern auch in DM auszudrücken, sage ich: Nur die Millionäre sollen die Vermögensteuer zahlen. Bei einer 1-prozentigen Besteuerung würden nach Länderfinanzausgleich jährlich 1,2 Milliarden € mehr in den hessischen Landeshaushalt fließen. Herr Kollege Milde, auch mir ist bekannt, dass wir das hier nicht beschließen. Aber wir sollten uns gemeinsam dafür einsetzen, dass wieder eine Vermögensteuer erhoben wird, damit die Einnahmenseite im hessischen Haushalt verbessert wird. Das ist unser Anliegen. Dabei hoffe ich auch auf die Stimmen der FDP.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir müssen auch dafür sorgen, dass in einem gerechteren Steuersystem die Steuern wirklich abgeführt und nicht sozusagen nach Liechtenstein ausgeführt werden. Das heißt, wir brauchen auch in Hessen mehr Betriebsprüfer und Steuerfahnder. Die Fraktion DIE LINKE hat einen entsprechenden Antrag eingebracht.

(Beifall bei der LINKEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Es hat sich doch in jüngster Zeit immer wieder gezeigt, dass die Vermögenden nicht nur über Privilegien in Form von extrem hohen Gehältern, Sonderzahlungen und Abfindungen verfügen, sondern dass das auch noch durch niedrige Steuern, Steuerbefreiungen und zahlreiche Steuergestaltungsmöglichkeiten ergänzt wird. Das reicht ihnen noch nicht. Viele Vermögende haben zur weiteren Bereicherung offensichtlich auch zu kriminellen Methoden gegriffen. Dem müssen wir, auch in Hessen, einen Riegel vorschieben. Dazu brauchen wir mehr Steuerfahnder und mehr Betriebsprüfer. Auch das müssen wir im hessischen Haushalt berücksichtigen.

Wir sind in Deutschland – auch in Hessen – an einem Punkt angekommen, an dem wir etwas anderes brauchen, als uns kaputt zu sparen. Wir brauchen eine vorrangig soziale Politik zugunsten von Bildung und Arbeit und eine ökologische Industriepolitik. Wir hoffen, dass wir im hessischen Haushalt auch dahin

gehend Zeichen setzen können, dass die Umverteilung von unten nach oben endlich umgekehrt wird. Das ist die feste Überzeugung der LINKEN: Eine Steigerung, nicht eine Absenkung der Staatsquote ist geboten. Wir brauchen Investitionsprogramme, um das gesamtwirtschaftliche Wachstum auf ein höheres Niveau zu heben sowie seine Struktur und seine Qualität zu verbessern. Wir brauchen einen Ausbau öffentlich geförderter Beschäftigung in längerfristigen Beschäftigungsverhältnissen. Auch dazu müssen wir in diesem Hause beitragen.

Und wir bleiben dabei: Für diesen Teil können nach unserer Auffassung Staatsaufgaben zeitlich begrenzt auch durch die Übernahme öffentlicher Schulden vorfinanziert werden, was später durch höhere Steuereinnahmen zurückgezahlt werden kann. Meine Damen und Herren, um all das en détail zu diskutieren, brauchen wir die Haushaltsvorlage im September. Wir schließen uns der Forderung an, dass Sie

(Ministerpräsident Roland Koch: Ich bin hier!)

das zeitgerecht vorlegen. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei der LINKEN)

Rede der Abgeordneten Barbara Cárdenas (DIE LINKE) anlässlich der Regierungserklärung des zugleich mit der Leitung des Kultusministeriums beauftragten Ministers der Justiz betreffend „Neue Wege gehen - gemeinsam für Hessens Schulen“

Barbara Cárdenas (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte als Erstes noch einmal die Experten für das Schulwesen begrüßen – Experten, weil sie sehr viel Zeit in der Schule verbringen –, nämlich die Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer, die hier noch anwesend sind. Eben gerade waren es noch viel mehr. Ich freue mich sehr, dass sie hier sind. Erst einmal mein genereller Eindruck: Herr Banzer, Sie haben Ihre Sache gut gemacht. Gerade als Psychologin sage ich: Hut ab. Was war denn nach dem Chaos und der Unruhe angesagt, die Frau Wolff in der Bildungspolitik an den Schulen hinterlassen hatte? Was war angesagt, um sich angesichts von möglichen Neuwahlen als Partei CDU wieder positiv ins Gespräch zu bringen? Es ging vor allem darum, die Krise zu bewältigen – das haben Sie auch selbst ausgeführt – und für Ruhe an den Schulen zu sorgen. Das Wort „Ruhe“ haben Sie, glaube ich, fünfmal in Ihrem Bericht und auch noch ein paar Mal, als Sie hier eben gesprochen haben, erwähnt. Sie wollten für neues Vertrauen in die Politik der CDU sorgen. Sie wollten in erster Linie gut Wetter an den Schulen machen und das Gespräch suchen. Die Schulen sollten sich endlich wieder ernst genommen fühlen. Sie sollten als Partner, nicht als diejenigen, die das auszubaden haben, was die da oben sich so ausgedacht haben, wahrgenommen

werden. Ich möchte an diesem Punkt etwas aufgreifen, was Frau Henzler, die leider im Augenblick nicht da ist, gesagt hat.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Doch!)

– Ach, da hinten sitzt sie. Ich denke, Sie haben richtig angemerkt, dass Herr Banzer Brandherde löschen wollte.

Aber ich denke, man muss ergänzen, dass er bzw. die CDU diese auch selbst gelegt hat. Es gibt da ein Sprichwort. Wir haben eben danach gesucht, haben es aber leider nicht gefunden.

Ich möchte Frau Henzler aber an dem Punkt deutlich widersprechen, wo sie sagt, dass keine vernünftigen Möglichkeiten existierten, in einer Klasse oder auch nur in einer Schule alle Kinder zieldifferent zu fördern. Ich denke, da gibt es längst bewährte Möglichkeiten, die nicht nur im Ausland deutlich nachgewiesen sind. Ich habe mich anfangs oft gefragt, warum eigentlich nicht die Sozialministerin, Frau Lautenschläger, die Nachfolge von Frau Wolff angetreten und damit ein weiteres Ressort übernommen hat. Schließlich ist sie für diesen Posten doch als Verantwortliche für Kindertagesstätten und frühkindliche Bildung prädestiniert. Der hessische Bildungs- und Erziehungsplan betrifft schließlich die Kinder von 0 bis 10 Jahren, umfasst also auch die Grundschulen. Ich verstehe inzwischen besser, dass und warum Sie als der bessere Kandidat gelten. Man glaubte, Sie könnten glaubhaft verkörpern, dass es Ihnen nicht um Bedrohungsgesten geht, sondern darum, erst einmal Ruhe einkehren zu lassen, den Druck herauszunehmen und Ängste an den Schulen abzubauen. Sie sind augenscheinlich in der Lage, den Schulen auf den ersten Blick das zu geben bzw. zurückzugeben, was sie so lange vermissen mussten. Sie haben ihnen Vertrauen in ihre Fähigkeiten ausgesprochen, und Sie haben ihre Leistung angesichts schwieriger Bedingungen anerkannt. Das ist die Voraussetzung, um das Gespräch nicht nur zu suchen, sondern auch zu finden. Sie haben quasi die weiße Toga angelegt, sind heruntergestiegen vom

Olymp des Hessischen Landtags und haben es wie Balu, der Bär „mal mit Gemütlichkeit“ anstatt mit Drohgebärden und dem Prinzip „bad guy – good guy“ versucht.

Ich glaube Ihnen, wenn Sie schreiben, dass Sie überall in den Schulen eine positive Aufnahme gefunden haben. Ich glaube, die Schulen waren über diese Wende im Stil sehr erleichtert. Aber ob das reicht, das ist die große Frage. Die Schulen wollen sicherlich, dass ihre Leiden gesehen und ernst genommen werden, dass die Politik, dass also wir uns aufmachen, das zerschlagene Porzellan wieder zu kitten, dass wir aber auch das Landesportemonnaie aufmachen, um nicht nur die schlimmsten Engpässe zu beseitigen, sondern auch langfristig eine solide Finanzierung auf die Beine zu stellen, mit der das Bildungsland Hessen wieder nach vorne kommen kann.

Sie wissen, Sie werden Ihre Versprechen halten müssen. Die Schulen werden sich nicht noch einmal so schnell befriedigen lassen. Aber vielleicht haben Sie auch gedacht: Bis zu den Neuwahlen wird es schon lang. Zu Ihren einzelnen Entlastungsvorschlägen möchte ich für DIE LINKE – natürlich völlig aus dem Abseits heraus, wie Sie über uns gesagt haben – Stellung nehmen. Ihre Erklärung heißt nicht umsonst „gemeinsam für Hessens Schulen“. Sie heißt nicht „... für Hessens Schülerinnen und Schüler“. Denn bis das bei den Schülerinnen und Schülern wirklich ankommt, ist es unseres Erachtens noch ein weiter Weg.

Erstens. Zur Anpassung und Straffung der Lehrpläne. Ich bin zwar schon gespannt darauf, zu hören, was denn nun eigentlich konkret der Müll ist, der entsorgt gehört. Aber wichtig ist noch etwas anderes. Prof. Herrmann hatte in der „Süddeutschen Zeitung“ Anfang April erklärt, dass Lehrpläne in ihrem Wesen Stoffverteilungsvorschriften seien. Nach seiner Ansicht gehören sie in den Müll und sollen durch flexible Arbeitspläne für Schüler ersetzt werden. So, wie ich Lehrerinnen und Lehrer kenne – ich bin seit 20 Jahren in der Fortbildung für Lehrerinnen und Lehrer tätig –, werden sie davon begeistert sein, denn dieser Vorschlag von Herrn Prof. Herrmann ist doch weit näher an der Unterrichtsrealität. Stattdessen wollen Sie die Lehrpläne auf die Kern- und Methodenkompetenz ausrichten. Was bitte schön ist das denn eigentlich? Sie kündigen Bildungsstandards und Kerncurricula an, die zum Teil noch gar nicht existieren und in ihrem Charakter als Regelstandards eigentlich eher anforderungsbezogene Leistungsstandards sind, die mit dem Begriff von Bildung, den wir LINKEN haben, nur sehr wenig zu tun haben. Wir haben einen Begriff von Bildung, der zugleich umfassende Selbstbildung und eine generell kritische Sicht auf das, was uns umgibt, einschließt.

(Beifall bei der LINKEN)

Zum zweiten Punkt: Gestaltung der Kontingenzstudententafeln, die Sie eingeführt haben. Auf den ersten Blick handelt es sich um den richtigen

Weg. Auch wir haben in unserem Gesetzentwurf der sechsjährigen Mittelstufe eine Umstellung der Studententafel auf der Basis der Gesamtstudententafel in Aussicht gestellt. Aber wir haben eine jährliche Entlastung der Studententafeln durch eine Rückkehr von fünf auf sechs Jahre vorgesehen. Sie rühren das Ganze eigentlich nur um. Jeder Hobbykoch weiß, davon wird die Suppe nicht gehaltvoller, sie brennt allerdings nicht so schnell an. Das ist das, was Sie vermutlich angetrieben hat.

(Beifall bei der LINKEN)

Noch eines: Sie erwähnen die Gestaltungsfreiheit der dritten Fremdsprache. Wer wird sie denn freiwillig wählen wollen angesichts des weiterhin gegebenen Leistungsdrucks?

– Ich könnte noch die restlichen Schüler auf der Besuchertribüne fragen: Wer von euch wird unter dem Druck bei G 8 eine dritte Fremdsprache wählen?
– Ich denke, die Antworten würden unsere Position stützen.

Zum dritten Punkt: Ganztagsangebote und Mittagstisch. Hierzu haben wir schon mehrfach Stellung genommen. Auch SPD und GRÜNE haben die Ganztagsangebote als Schwindel und Augenwischerei bezeichnet. Nach diesen angeblich ganztägigen Angeboten stehen für Schülerinnen und Schüler noch die Hausaufgaben, das Üben generell und die Vor- und Nachbereitungen für die Klassenarbeiten an. Wir fordern den Ausbau echter, d. h. gebundener Ganztagschulen, in denen die Kinder spätestens um 16.30 Uhr, an manchen Tagen auch früher, nach Hause gehen und dann chillen und abhängen und vielleicht auch Querflöte spielen.

(Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was machen die Eltern in der Zeit?)

Dabei haben auch die Lehrerinnen und Lehrer die Chance und die Verantwortung, die Schülerinnen und Schüler tatsächlich zu begleiten und über die Schulaufgaben die Lernfortschritte zu überprüfen. Wir haben gestern gehört – ich lasse mich gerne belehren, wenn ich Minister Banzer missverstanden habe –, dass die Gelder für Ganztagsangebote in 2008/2009 in Gänze für die Ausweitung der Mittagstische und Über-Mittag-Angebote an den G-8-Gymnasien vorgesehen sind. Dies wäre absolut unsozial und kann vom Hause nicht hingenommen werden. Seit Jahren warten viele Schulen, auch Grundschulen, auf die Anerkennung als offene oder gebundene Ganztagschule. Sie haben aus dem Bundestopf die Mensen schon aufgebaut, dazu haben Sie nichts beigetragen, und warten auf den Startschuss, um endlich eine andere rhythmisierte ganztägige Pädagogik anbieten zu können.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sie auch nicht! – Mark Weinmeister (CDU): Was haben Sie dazu beigetragen? – Gegenruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Das ist eine Pädagogik, die viele Kinder so nötig brauchen. Das steht an in Standorten, für die die von Ihnen so beschworenen Sozialindizes gelten. Ich wohne in Dietzenbach. Schon vor fünf Jahren haben zwei der fünf Grundschulen nach ausgiebiger und anfangs kontroverser Diskussion die Anerkennung als gebundene Ganztagschule beantragt. Der Anteil von Migrantenkinder liegt bei 70 bis 85 %. Der überwiegende Teil der Familien ist als sozial schwach einzuschätzen. Über all die Jahre sind sie vertröstet worden. Ich meine, wir haben hier eine Verantwortung. In einem Gymnasium handelt es sich immer nur um wenige Kinder aus bildungsfernen Schichten. Es kann nicht sein, dass wieder einmal, und diesmal mit der Begründung, Gerechtigkeit herzustellen und den Elternwillen zu erfüllen, die benachteiligten Kinder der Grundschulen abgehängt werden. Das kann auch nicht allein durch die wenigen Schüler in SchuB-Klassen ausgeglichen werden. Das lassen wir nicht zu.

(Beifall bei der LINKEN und des Abg. Turgut Yüksel (SPD))

Ich bin überzeugt, die Mehrheit des Hauses wird zeigen, dass die Verteilung der Gelder nicht mehr so akzeptiert wird. Dahin gingen auch die Aussagen meiner Vorredner von SPD und den GRÜNEN. Ihr vierter Punkt ist die Bereitstellung von mehr Stellen für kleinere Gruppen. Toll, aber woher kommen die 100 Stellen? Abgesehen davon, dass sie nicht reichen werden, und abgesehen davon, dass auch die anderen Schulformen kleinere Klassen benötigen – das ist auch schon mehrfach ausgeführt worden –, damit das Lernen wieder Freude macht und etwas bringt. Darüber hinaus muss man vermuten, dass sie zulasten der anderen Schulformen gehen. Herr Minister Banzer, woher nehmen Sie die Stellen? Was bleibt noch aus Ihrer Regierungserklärung? – Regierungserklärung ist ein viel zu anspruchsvolles Wort. Ihre Regierungserklärung bestand aus nicht mehr als einer Absichtserklärung zur Atmosphäre und ein paar Ausführungen zu G 8. Okay, die Beschränkung bei den Klassenarbeiten ist sicherlich sinnvoll. Als LINKE wenden wir uns gegen die ständige Testeritis, die – was ich als Psychologin noch einmal sagen möchte – in der Regel nicht als Förderorientierung genutzt wird, sondern zur Einstufung. Wir wenden uns ebenfalls gegen den parallel gelagerten ständigen Evaluationsdruck bei den Lehrerinnen und Lehrern. Zur Wahlmöglichkeit an kooperativen Gesamtschulen haben wir schon ausführlich Stellung genommen. Das wiederhole ich jetzt nicht. Ebenfalls nehme ich nicht mehr zu den kleineren Punkten aus Ihrem Elf-Punkte-Programm Stellung. An den Schluss will ich stellen, was wir in einer wirklichen Regierungserklärung für den Bildungsbereich vermissen. Wir vermissen schlicht gute Bildung für alle, angefangen von besser konzipierten Krippen in öffentlicher Trägerschaft über

Kitas mit ausreichend bezahlten Erzieherinnen, die den Erziehungsplan mit einem vernünftigen Erzieher-Kinder-Schlüssel umsetzen, weiter mit einem tatsächlichen Programm zur flächendeckenden Versorgung mit Ganztagschulen in offener und gebundener Konzeption, vor allem in den Problemvierteln mit ihren sogenannten Sozialindizes, weiter mit einem Konzept der Entwicklung einer Schule für alle oder, wie Sie es nennen, „Einheitsschule“ –

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sozialistische Einheitsschule!)

dies ist ein Begriff, der mit der deutschen Einheit durchaus positiv verbunden ist. Weiter könnte man auch noch die Berufsschulen benennen, die haben Sie auch nicht aufgeführt. Für das lebenslange Lernen würden wir auch gerne weitere Visionen entwickeln. Weiterhin sollten Sie nicht so zaghaft mit der Bereitstellung der Gelder für die 100 Lehrstellen umgehen.

Über kurz oder lang werden alle Bildungsangebote kostenfrei sein. Dies entspricht den Vorstellungen der Hessischen Verfassung. Es erfordert natürlich eine Umverteilungspolitik auf Kosten derer, die bisher nicht angemessen in die allgemeinen Kassen einzahlen.

(Beifall bei der LINKEN – Hans-Jürgen Irmer (CDU): So ein Schwachsinn!)

Dies ist eine Position aus dem Abseits, die längst nicht mehr aus dem Abseits kommt, wie wir denken. Dagegen wollen wir keine privatisierte Bildung.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das haben wir gesehen, wohin das bei den Russen und in der DDR geführt hat!)

Wir wollen keine Bildung, die erforderlich macht, dass Eltern bei Nachhilfeeinrichtungen Kunden werden, dass sie teure Privatschulen zahlen müssen, weil nur dort Nachmittagsunterricht und bilinguales Lernen möglich sind. Wir wollen keine Abhängigkeit bei den notwendigen Innovationen von Stiftungen wie der Bertelsmann Stiftung und keine Unternehmerverbände in den Lehrplankommissionen.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Wir wollen keine Berufsschulen, die nach betriebswirtschaftlichen Kriterien ausgerichtet sind.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Freie deutsche Jugend!)

Wir wollen keine SV.

(Mark Weinmeister (CDU): Was?)

Wir halten es absolut für notwendig, dass arme Familien für ihre Kinder die Schultüte gestellt

bekommen und dass sie ebenso das Mittagessen gestellt bekommen.

(Mark Weinmeister (CDU): Frau Kollegin, warum wollen Sie keine SV+?)

Wir wollen, dass Kinder gemeinsam lernen, und benötigen dafür als ersten Schritt die Ausweitung

(Mark Weinmeister (CDU): Sagen Sie etwas zu SV+!)

– jetzt seien Sie doch bitte einmal still – des gemeinsamen Unterrichts und längerfristig die Inklusion aller behinderten Kinder in den Regelschulen.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Weinmeister?

Barbara Cárdenas (DIE LINKE):

Ich möchte erst zu Ende vortragen. – Herr Minister Banzer, wir sind, wie Sie, gegen Schnellschüsse. Wir müssen jetzt beginnen, die richtigen Schritte zu gehen und uns nicht die Möglichkeit eines sozial gerechten Schulwesens zu verbauen. In dem Sinne machen wir uns als Haus auf, die richtigen Schritte gemeinsam zu gehen. Damit sehe ich in erster Linie die Verantwortung bei der Mehrheit des Hauses, also bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und uns. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Jetzt die Frage!)

Rede in der Aktuellen Stunde am 24. April 2008 zum Antrag der Fraktion der SPD betreffend Konsequenzen aus dem IAQ-Report ziehen – Ausweitung des Niedriglohnssektors stoppen

Hermann Schaus (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn ich mir die Themen der ersten drei Aktuellen Stunden vergegenwärtige, die in diesem Haus nach dem Einzug der LINKEN stattgefunden haben, komme ich zu dem Ergebnis: Alle drei Themen wären wahrscheinlich nicht behandelt worden, wenn wir nicht in diesen Landtag eingezogen wären. Links wirkt schon – auch im Hessischen Landtag.

(Beifall bei der LINKEN – Michael Boddenberg (CDU): Bleiben Sie auf dem Teppich! – Weitere Zurufe von der CDU)

– Herr Boddenberg, dass Sie auf dem Teppich bleiben, wünsche ich mir auch. Das beruht auf Gegenseitigkeit.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Träum weiter!)

– Ich weiß schon, dass Sie das stört. Das ist mir klar.

(Weitere Zurufe von der CDU und der FDP)

Deutschland ist das Land mit dem größten Niedriglohnsektor in Europa. Das haben das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Arbeitsmarktagentur und das Institut Arbeit und Qualifikation in Essen übereinstimmend festgestellt. Im Jahr 2006 – wir wissen noch nicht, wie es 2007 aussah – hatten 22 % der Vollzeitbeschäftigten einen Stundenlohn unter 9,61 €. Das sind weniger als 1.500 € brutto im Monat. Lassen Sie mich hinzufügen: Nach den neuen Erfahrungen, die ich im Landtag gemacht habe, ist dies sicherlich weniger, als mancher in diesem Haus pro Monat an zusätzlichen Fahrtkosten abrechnet.

(Michael Boddenberg (CDU): Apropos Fahrtkosten: Wie sind Sie heute Morgen hergekommen? Mit dem BMW oder wie?)

16 % waren es im Jahr 2001. Damit hat Deutschland unter den Industrieländern weltweit den traurigen Platz 2 eingenommen. Nur die USA liegen, was den Anteil der Beschäftigten im Niedriglohnsektor anbelangt, mit 25,2 % knapp vor Deutschland. Meine Damen und Herren, ich glaube aber, das schaffen wir auch noch. Der Niedriglohnbereich in Deutschland ist weit höher als in Großbritannien, in den Niederlanden oder in Frankreich, wo er z.B. 11,2 % beträgt. Warum beträgt er denn in Frankreich nur die Hälfte? Da muss man sich doch einmal die Frage gefallen lassen: Hat das möglicherweise mit der gesetzlichen Arbeitszeitregelung von 35 Wochenstunden und mit einem gesetzlichen Mindestlohn von 8,44 € zu tun? Die Frage würde ich gerne einmal mit Ihnen diskutieren.

(Beifall bei der LINKEN – Michael Boddenberg (CDU): Wie hoch ist die Arbeitslosenquote in Frankreich?)

Meine Damen und Herren, die Entwicklung ist nicht vom Himmel gefallen. Die Agenda 2010, die Hartz-Gesetze, für die Sie im Hause alle die Verantwortung mittragen, und insbesondere die Hartz-IV-Gesetze, die eine Verdoppelung der Kinderarmut in kürzester Zeit gebracht haben, sind ursächlich damit verbunden, dass hier der Niedriglohnsektor gestiegen ist.

Die geringe Erhöhung eines Arbeitslosengeldes I für ältere Arbeitnehmer nutzt wenig, wenn die Zumutbarkeitsregelungen in der Arbeitsgesetzgebung weiter so bestehen bleiben, wie sie bestehen, und wenn jeder Arbeitsplatz von einem Arbeitslosen angenommen werden muss, selbst dann, wenn er sich unter Hartz IV oder an der Lohnwuchergrenze befindet. Die Fälle gibt es zuhauf, insbesondere in der Leiharbeit, die im Übrigen in den letzten zehn Jahren von 80.000 auf 800.000 Plätze gestiegen ist. Fragen Sie sich einmal, was da passiert ist. Genauso verantwortlich für diesen Niedriglohnbereich sind aber auch die großzügigen Regelungen für geringfügige Beschäftigung. Sie sind in den letzten Jahren um 180 % auf 7 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gestiegen. Meine Damen und Herren, gestern konnte jeder von uns in der „Hessenschau“ einen Bericht verfolgen, wie eine südhessische Firma mehrmals die Arbeitsbedingungen durch Druck auf die Arbeitnehmer verschlechtert hat, die jetzt sogar aus dem Tarifbereich herausgegangen ist und gleichzeitig schrittweise Arbeitsplätze abgebaut hat. Diese brutale Ausgrenzung unter Ausnutzung der Angst der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor Arbeitslosigkeit und mit dem nachfolgenden Fallen ins Uferlose durch Hartz IV nenne ich Raubtierkapitalismus, dem schleunigst Einhalt geboten werden muss.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber ich höre nichts von Ihnen – von keiner Seite – zu diesem konkreten Thema, insbesondere nicht von der rechten Seite dieses Hauses, Herr Boddenberg. Ich höre auch nichts von Ihnen, wenn es um die Frage der Tarifpolitik geht. Frau Hölldobler-Heumüller, erlauben Sie mir diesen kleinen Nachhilfeunterricht im Tariffrecht.

*(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Oh! – Michael Boddenberg (CDU): Aha!)*

– Ja, ich bin auch einmal so spitzzüngig. Bei bestimmten Fällen sind Sie es ja auch,

Vizepräsident Dieter Posch:

Ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Hermann Schaus (DIE LINKE):

sozusagen zuspitzend in der Diskussion. Das haben wir eben ja gehört. „Die Tarifverträge der Gewerkschaften“ – das haben Sie gesagt – „sind das

Spiegelbild eines Kräfteverhältnisses zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern.“ Wenn aber die Schwächung der Arbeitnehmer und der Gewerkschaften seit Jahren auf gesetzgeberische Weise vorgenommen wird, dann können Sie sich nicht hierhin stellen und letztendlich die Gewerkschaften für die Tarifpolitik allein verantwortlich machen.

(Zurufe)

– Ja, das ist eine Umkehr. Auch Sie haben in der Koalition im Bundestag die entsprechenden Gesetze verändert und damit die Gewerkschaften geschwächt. Da können Sie sich nicht herausreden.

Vizepräsident Dieter Posch:

Kollege Schaus, ich darf Sie noch einmal darauf hinweisen.

Hermann Schaus (DIE LINKE):

Ja, ich komme zum Schluss. Die Tarifbindung beträgt 70 % im Westen und 55 % im Osten. Hier ist es notwendig, die Gewerkschaften in ihrem Kampf um angemessenen Lohn zu stärken, so wie es aktuell auch in der Auseinandersetzung bei der Post und im öffentlichen Dienst notwendig ist. Wir fordern zur Eindämmung des Niedriglohns eine klare Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen, die insbesondere nach dem jüngsten EU-Urteil zwingend notwendig ist.

Vizepräsident Dieter Posch:

Herr Kollege Schaus, ich möchte Sie doch bitten, zum Schluss zu kommen.

Hermann Schaus (DIE LINKE):

Letzter Satz. – Wir fordern einen branchenübergreifenden gesetzlichen Mindestlohn von 8,44 € wie in Frankreich und raus aus der Hartz-Gesetzgebung. Wir wollen eine angemessene Teilhabe aller Arbeitnehmer.

Vizepräsident Dieter Posch:

Herr Kollege Schaus, ich bitte um den letzten Satz.

(Zurufe von der CDU)

Hermann Schaus (DIE LINKE):

an den von ihnen erwirtschafteten Gütern.

(Zurufe von der CDU)

– Vielen Dank. Ich weiß, dass Sie das nicht hören wollen.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf von der CDU: Es gibt hier Regeln!)

Plenarberichte

Was sind die „Plenarberichte“ der Fraktion DIE LINKE

Um neben der aktuellen Presseberichterstattung noch einen Überblick zur Arbeit der Fraktion im Hessischen Landtag zu geben, verfassen wir regelmäßig Berichte zu den laufenden Plenarsitzungen. Damit informieren wir die Mitglieder der Partei DIE LINKE. Hessen über Themen und Ereignisse während der Plenarwoche, die aus unserer Sicht wesentlich sind.

Die Berichte, welche intern versandt werden, sind für die vorliegende Dokumentation redaktionell überarbeitet worden. Wer alle Reden und Initiativen der Fraktion DIE LINKE nachlesen möchte oder auf der Suche nach weiteren Informationen ist, dem/der empfehlen wir unsere Homepage www.linksfraktion-hessen.de.

DIE LINKE. im Hessischen Landtag (3.-5. Plenarsitzung)

Vom 22. bis zum 24. April fanden die 3., 4. und 5. Plenarsitzung des Hessischen Landtages statt.

Der Bericht erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern soll über die wichtigsten Punkte in der Plenarsitzung und über die Arbeit der LINKEN informieren.

Die Fraktion DIE LINKE hat einige Initiativen, Anträge bzw. Änderungsanträge und Gesetzentwürfe in den Landtag eingebracht.

Wir stellten einen Änderungsantrag zum SPD-Antrag betreffend *Kein Block 6 des Kraftwerks Staudinger*.

Unser Antrag forderte eine Gesamtbelastungsstudie für das Rhein-Main-Gebiet.

Wir stellten einen dringlichen Antrag, der die Landesregierung auffordert im Bundesrat den *Vertrag von Lissabon* (EU- Reformvertrag) abzulehnen. Die Diskussion darüber wurde vertagt.

Wir brachten einen dringlichen Gesetzentwurf zur *Änderung des Hessischen Hochschulgesetz* ein, der sich gegen den Beschluss der *Stiftungsuniversität Frankfurt* richtet, ab dem kommenden Semester keine Bewerber mit Fachhochschulreife mehr aufzunehmen.

Und wir brachten einen dringlichen Entschließungsantrag betreffend der *Privatisierung der Deutschen Bahn* ein, in dem wir unsere grundsätzliche Ablehnung gegen jede Form der

Privatisierung zum Ausdruck gebracht haben.

Wir waren Mit Antragsteller eines Dringlichen Antrags zur *Überprüfung der hessischen Landtagsabgeordneten durch die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik* (der Antrag wurde von allen Fraktionen gestellt und sollte bereits in der letzten Sitzung behandelt werden).

Zum Antrag betreffend den *Schutz der Bevölkerung in Tibet*, eingebracht von CDU, SPD, FDP und Grünen, stellten wir einen Änderungsantrag.

Die **3. Plenarsitzung** wurde eröffnet mit einem Gesetzentwurf der Grünen zur *Anerkennung eingetragener Lebensgemeinschaften im Landesrecht*. Wir unterstützten den Antrag und sprachen uns für eine vollständige Gleichstellung der verschiedenen Lebensweisen aus. Der Gesetzentwurf wurde in den Ausschuss verwiesen.

Dem folgte eine Debatte über das *Schulgesetz*. Hierzu lagen zwei Gesetzentwürfe vor, einer von der SPD und einer von den Grünen. Wir machten unsere Ablehnung von G8 (Verkürzung der gymnasialen Schulzeit) deutlich und forderten die Rückkehr zu G9. Darüber hinaus kritisierten wir die Unterrichtsgarantie plus und argumentierten für mehr Lehrerstellen. Die Gesetzentwürfe wurden in den Ausschuss verwiesen.

Emotional aufgeladen verlief die Debatte zum Antrag zur *Überprüfung der hessischen Landtagsabgeordneten durch die Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen*.

Es handelt sich eigentlich um einen Routineantrag, der auch in der letzten Legislaturperiode gestellt wurde. Das Novum aber war, dass ein und derselbe Antrag zweimal eingebracht wurde. Einmal von SPD, Grünen und uns und einmal von CDU und FDP, weil die CDU sich weigerte, den Antrag mit uns gemeinsam einzubringen. Angesichts der Diffamierungskampagne, die die CDU derzeit gegen DIE LINKE und speziell gegen Willi van Ooyen und Janine Wissler macht, verlief die Debatte sehr hitzig. Wir machten unsere Ablehnung der Stasi und ihrer Methoden deutlich und sprachen gegen jede Form der Bespitzelung und Abbau von Bürgerrechten. In diesem Zusammenhang forderten wir auch die Abschaffung des Verfassungsschutzes, wenn dieser politisch instrumentalisiert wird.

Zu *Tibet* lag ein Antrag der anderen vier Fraktionen vor, der das Vorgehen Chinas verurteilte. Wir hatten dazu zwei kleine Änderungsanträge gestellt, einem wurde im Kern entsprochen. Wir stimmten dem Antrag zu und wiesen darauf hin, dass wir erwarten, dass der Hessische Landtag auch bei anderen Fällen

von Menschenrechtsverletzungen z.B. im Irak oder in Afghanistan Flagge zeigt.

Den Abschluss der Sitzung bildete unser dringlicher Gesetzesentwurf zur *Änderung des Hessischen Hochschulgesetzes*. Die Stiftungsuniversität Frankfurt will ab dem kommenden Wintersemester keine Bewerber mit Fachhochschulreife mehr aufnehmen. Das halten wir für Bildungsselektion und wollen dem die gesetzliche Grundlage entziehen. Der Gesetzesentwurf wurde in den Ausschuss verwiesen.

Die **4. Plenarsitzung** wurde von dem Antrag der CDU zu *Familienzentren* eröffnet. Wir begrüßten das im Grundsatz, hinterfragten aber die Finanzierung und stellten unsere sozialpolitischen Positionen dar. Der Antrag wurde in den Ausschuss verwiesen. Lange debattiert wurde die beantragte Gesetzesänderung zum *Sparkassengesetz*, die die SPD eingebracht hatte. DIE LINKE lehnt die Privatisierung der Sparkassen ab und sieht in der Bildung von handelbarem Stammkapital einen Schritt in diese Richtung. Wir wollen den öffentlichen Bankensektor erhalten und stärken – gerade in Zeiten der Krise an den Finanzmärkten. Der Gesetzesentwurf wurde in den Ausschuss verwiesen.

Die **5. Plenarsitzung** begann mit drei aktuellen Stunden. Die Grünen beantragten eine aktuelle Stunde zum Thema „*Bürgerrechte bewahren – Bouffier bremsen*“. Hier machten wir unsere Position zur Onlinedurchsuchung deutlich und brachten unsere grundsätzliche Kritik an der zunehmenden Überwachung und Demokratieabbau zum Ausdruck. Die CDU beantragte eine Debatte zu „*Populismus auf Pump - die linke Sackgasse für Generationengerechtigkeit*“, in der sie vor allem DIE LINKE angriff. Tenor war, unsere Forderungen seien unseriös, weil nicht finanzierbar. Das bot uns die Gelegenheit, unsere Forderungen nach mehr *Steuergerechtigkeit* und einer grundlegenden anderen (Finanz-) Politik deutlich zu machen. Die SPD beantragte eine Aktuelle Stunde zu *Konsequenzen aus dem IAQ- Report ziehen - Ausweitung des Niedriglohnsektors stoppen*. DIE LINKE stellte heraus, dass es die SPD-geführte Bundesregierung war, die die Rutschbahn der Löhne sowie die Ausweitung des Niedriglohnsektors durch Hartz-IV zu verantworten hat. Zudem erneuerten wir unsere Forderung nach einem *gesetzlichen Mindestlohn*.

Im Anschluss fanden *Wahlen zu diversen Gremien, Kommissionen und Wahlausschüssen* statt. Hermann Schaus ist in die Landespersonalkommission gewählt worden, Willi van Ooyen wurde als Mitglied in das Kuratorium der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung gewählt, Janine Wissler wurde stellvertretendes Mitglied. Alle Wahlen erfolgten einstimmig und in offener Abstimmung.

Am Nachmittag fand eine Debatte zur *Energiepolitik*

statt, in der es sowohl um den Ausbau des Kraftwerks Staudinger in Groß-Krotzenburg ging, als auch um grundsätzliche Fragen der Energiegewinnung.

DIE LINKE trug in Form eines Antrages die Forderung von hessischen Bürgerinitiativen, Organisationen sozialer Bewegungen und Umweltverbänden nach einer *Gesamtbelastungsstudie* für alle Neu- und Ausbauvorhaben im Rhein-Main-Ballungsraum in den Landtag. Wie alle anderen Anträge wurde auch dieser in die Ausschüsse Wirtschaft und Umwelt zur weiteren Beratung verwiesen.

Nachdem wir in der letzten Plenarsitzung einen Antrag für einen *Abschiebestopp afghanischer Flüchtlinge* eingebracht hatten und es dafür eine Mehrheit gab, forderten wir in der Debatte um die *Härtefallkommission* die stärkere Einbeziehung nicht-staatlicher Akteure wie amnesty international oder Pro Asyl.

Ein kleines Scharmützel am Rande: Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU beschwerte sich darüber, dass Hermann Schaus als Vizepräsident im Präsidium den 1. Mai-Button am Revers trug.

Eine hitzige Debatte gab es erwartungsgemäß zum Punkt *Bahnprivatisierung*. Während die SPD den „Kompromiss“, der auf Bundesebene gefunden wurde, auch durch den hessischen Landtag bringen wollten, gab es erstmals einen „Jamaika“-Antrag, der die Trennung von Netz und Verkehr bei der Bahn forderte, um so die lukrativen Teile zu privatisieren. DIE LINKE lehnte beide Anträge ab und brachte einen eigenen Antrag ein, der die Bahnprivatisierung grundsätzlich ablehnt. Der Antrag wurde bei sechs Ja-Stimmen erwartungsgemäß abgelehnt. Bemerkenswert ist, dass es erstmals zu einer CDU-FDP-Grünen-Mehrheit an diesem Punkt kam. Nicht befasst wurde unser Antrag zur *Ablehnung des Lissabon-Vertrages*. Obwohl er erst bei der nächsten Sitzung im Mai behandelt wird, sorgte er für einiges Aufsehen und stieß erwartungsgemäß bei allen anderen Fraktionen auf Ablehnung.

DIE LINKE: Bericht aus dem Landtag (6.-8. Plenarsitzung)

Vom 13. bis zum 15. Mai fanden die 6., 7. und 8. Plenarsitzung des Hessischen Landtages statt. Der Bericht erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern soll über die wichtigsten Punkte in der Plenarsitzung und über die Arbeit der LINKEN informieren.

Die Fraktion DIE LINKE hat einige Initiativen, Anträge und Gesetzentwürfe in den Landtag eingebracht:

Wir brachten bereits zur letzten Plenarsitzung einen dringlichen Antrag ein, der die Landesregierung auffordert, im Bundesrat den *Vertrag von Lissabon* (EU-Reformvertrag) abzulehnen.

Wir brachten einen Gesetzentwurf zur *Änderung des Hessischen Schulgesetzes* ein, dessen Zielsetzung die *Abschaffung von G8* und die Rückkehr zur sechsjährigen Mittelstufe waren.

Weiterhin stellten wir einen Dringlichkeitsantrag zur *Einführung eines Armuts- und Reichtumsberichts*, einen *Antrag auf Einstellung von mehr Steuerfahndern* (wurde vertagt), eine kleine Anfrage an die Landesregierung zu *G8 „8 Fragen zu G8“* und wir brachten einen Gesetzentwurf zur *Änderung des Hessischen Glücksspielgesetzes* ein.

Eine Aktuelle Stunde beantragten wir zum Thema *Frieden schaffen – ohne Waffen! Kein US-Hauptquartier in Wiesbaden*.

Die **6. Plenarsitzung** wurde eröffnet mit der Regierungserklärung des Ministers für Europaangelegenheiten, Volker Hoff, mit dem Titel *Vielfalt in der Einheit – Chance und Notwendigkeit des Vertrags von Lissabon*. Der Minister erklärte erwartungsgemäß, dass die Landesregierung dem Lissabon-Vertrag am 23. Mai im Bundesrat zustimmen wird. Im Anschluss machten wir unsere Position deutlich: für ein friedliches und soziales Europa – gegen Militarisierung und Sozialabbau. Unser Antrag stieß erwartungsgemäß bei allen anderen Fraktionen auf Ablehnung. Stattdessen wurden die Anträge von SPD und Grünen angenommen, die den Reformvertrag befürworteten.

Im Anschluss fand die erste Lesung des Gesetzentwurfes der Grünen zur *Einrichtung einer Härtefallkommission* statt. Ziel ist eine Einbeziehung außerparlamentarischer Organisationen wie amnesty international und Pro Asyl. Dies hält DIE LINKE ebenfalls für dringend nötig.

Die **7. Plenarsitzung** begann mit einer *Debatte zur Schulpolitik* mit dem Schwerpunkt G8. Hierzu lagen Anträge bzw. Gesetzentwürfe von SPD und DIE LINKE vor. Beide wurden nach der Aussprache in den Ausschuss verwiesen. Wir begründeten unsere Ablehnung von G8 und forderten – als einzige

Fraktion – die Rückkehr zur sechsjährigen Mittelstufe bereits zum kommenden Schuljahr.

In der Debatte über die *Förderung von betriebsübergreifenden Kindertagesstätten* machten wir uns dafür stark, dass Bildung und Betreuung in öffentlicher Hand bleiben müssen und nicht privatisiert werden dürfen. Anträge von SPD und CDU wurden in den Ausschuss verwiesen.

Eine längere Diskussion fand zur *Einführung eines Armuts- und Reichtumsberichts* statt. Hierzu lagen von den Grünen ein Gesetzentwurf und von der LINKEN ein dringlicher Antrag vor. In unserem Redebeitrag verwiesen wir auf die „Operation Sichere Zukunft“ von 2003 und das gestiegene Armutsrisiko auf der einen Seite und dass dem auf der anderen Seite ein immer weiter wachsender Reichtum Weniger entgegensteht. Die Landesregierung signalisierte die Bereitschaft, einen solchen Bericht einzuführen. Die Anträge wurden in den Ausschuss zur weiteren Beratung überwiesen.

Auf Antrag von FDP und CDU diskutierte der Landtag die *Erbschafts- und Schenkungssteuer*. In unserem Beitrag forderten wir die Einführung der Vermögensteuer und eine Reform der Erbschaftssteuer, damit die Steuerlast gerechter verteilt wird. Die Anträge von CDU und FDP wurden an den Ausschuss verwiesen.

Besonders kontrovers verlief die anschließende Diskussion um das *Nichtraucherschutzgesetz*, das die FDP abschwächen will, damit in Einraumkneipen das Rauchverbot aufgehoben wird. Die CDU unterstützt dieses Vorhaben. Die Redner von SPD und Grüne wandten sich gegen jede Lockerung des Nichtraucherschutzes. Aus der Fraktion DIE LINKE sprach niemand zum Gesetzentwurf, weil es an dieser Frage noch keine abschließende Klärung gibt. Der Gesetzentwurf wurde an den Ausschuss verwiesen. In der ersten Lesung zur von der FDP beantragten *Änderung des Polizeigesetzes* sprachen wir uns gegen eine Ausweitung des Überwachungsstaates aus und für den Schutz der Bürgerrechte.

Die **8. Plenarsitzung** begann mit fünf Aktuellen Stunden. Auf Antrag der LINKEN wurde über die *Verlegung des US-Hauptquartiers nach Wiesbaden-Erbenheim* diskutiert. Wie zu erwarten, war DIE LINKE die einzige Fraktion im Landtag, wie schon zuvor in der Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung, die die Verlegung ablehnt. Schließlich wurde ein Antrag von CDU, SPD und FDP angenommen, der den Umzug des Hauptquartiers ausdrücklich begrüßt. Die SPD diskutierte in der von ihr beantragten Aktuellen Stunde das „*Hamburger Studiengebührenmodell*“, also im Nachhinein geforderte Studiengebühren, worauf sich CDU und Grüne in Hamburg geeinigt hatten und was Roland Koch als „Kompromiss“ für Hessen vorschlug. Wir machten unsere Ablehnung gegen jede Form von Studiengebühren noch einmal deutlich. Auf Antrag der Grünen wurde eine Aktuelle Stunde zur *Abschiebung der Familie Kazan* in die Türkei

abgehalten. Nachdem ein Gericht die Wiedereinreise ermöglicht hatte, legte Innenminister Bouffier Berufung ein, um dies zu verhindern. Wir verurteilten das Vorgehen des Innenministers scharf und forderten die sofortige Wiedereinreise der Familie. Weitere aktuelle Stunden fanden zu den Themen *Keine Verschleppung der Wahlfreiheit für kooperative Gesamtschulen bei G8* auf Antrag der FDP und zu *Keine Zentralisierung beim Arbeitslosengeld II* auf Antrag der CDU statt.

Im Anschluss gab es eine längere und sehr kontrovers geführte Debatte über die im Herbst anstehenden *Haushaltsberatungen*. Grüne und SPD hatten hierzu Anträge eingebracht. Sie forderten die Regierung auf, ohne Verzögerung einen Haushaltsentwurf vorzulegen und dies nicht zu verschleppen, um auf Neuwahlen zu orientieren. CDU und FDP brachten ihrerseits einen Antrag ein.

Ein kleines Scharmützel am Rande: Da alle Abgeordneten der LINKEN zwischenzeitlich den Plenarsaal wegen eines Fototermins verlassen mussten, nutzte die CDU die Gunst der Stunde und beantragte entgegen aller Absprachen die sofortige Abstimmung der Anträge. In Abwesenheit der LINKEN hätten CDU und FDP eine Mehrheit gehabt. Das Vorhaben scheiterte, weil wir dann doch rechtzeitig zur Abstimmung wieder auf unseren Plätzen waren, so dass die Anträge nicht abgestimmt, sondern in den Ausschuss verwiesen wurden. Die Fraktionen von CDU, SPD und FDP brachten einen Gesetzentwurf zur Änderung des *Hessischen Abgeordnetengesetzes* in den Landtag ein. Demnach sollen die Diäten der Abgeordneten zwar moderat (0,44 %), aber ab sofort jedes Jahr automatisch angehoben werden. DIE LINKE lehnt diesen Automatismus ab, wir wollen, dass jedes Jahr im Landtag öffentlich über die Diäten diskutiert werden muss. Zudem kündigten wir an die Erhöhung zu spenden. Der Gesetzentwurf wurde zur weiteren Beratung in den Ausschuss verwiesen.

Im Anschluss wurde der Gesetzentwurf der LINKEN zur Änderung des Hessischen *Glücksspielgesetzes* beraten. Hierbei geht es um eine Aufstockung der Gelder, die von LOTTO Hessen an die Vereine und Verbände fließen. Die anderen Fraktionen sehen ebenfalls Handlungsbedarf, fanden unsere Änderung aber zu weitgehend. Auch dieser Gesetzentwurf wurde in den Ausschuss verwiesen.

Gegen Ende der Sitzung fand die Diskussion und Beschlussfassung über die *Rückkehr in die Tarifgemeinschaft* deutscher Länder statt. Hierzu lagen Anträge der LINKEN, der SPD/Grüne und von CDU/FDP vor.

Der Antrag von CDU/FDP wurde abgelehnt, der Antrag von SPD/Grünen angenommen und der Antrag der LINKEN in den Teilen angenommen, die inhaltlich jeweils die Rückkehr in die Tarifgemeinschaft der Länder fordern. Dem weitergehenden Anliegen der LINKEN, mit einem

sofortigen Einstieg in Tarifverhandlungen auch tatsächliche Fakten zu schaffen, sind SPD/Grüne ebenso wenig gefolgt, wie der zeit- und inhaltsgleichen Übertragung des dann gültigen Tarifrechts auf das Beamtenrecht. So handelt es sich bei den angenommenen Anträgen nur um Absichtserklärungen, denen Innenminister Bouffier wie schon angekündigt nicht folgen wird. Zum Schluss fanden einige Abstimmungen über Anträge statt, die in die jeweiligen Ausschüssen verwiesen wurden. Erwähnenswert ist hier, dass mit den Stimmen von SPD, Grünen und LINKEN die Kündigung der Mitgliedschaft Hessens in der *Internationalen Länderkommission Kerntechnik* beschlossen wurde.

DIE LINKE: Bericht aus dem Landtag (9.-11. Plenarsitzung)

Vom 3. bis zum 5. Juni fanden die 9., 10. und 11. Plenarsitzung des Hessischen Landtages statt. Es war bisher sicher die spannendste Sitzungswoche. Der Bericht erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern soll über die wichtigsten Punkte in der Plenarsitzung und über die Arbeit der LINKEN informieren.

Wichtige Themen waren diesmal die Abschaffung der Studiengebühren, das Ende der „Unterrichtsgarantie PLUS“, die Rückkehr Hessens in die TdL, mehr Steuerfahnder für Hessen, „Gute Arbeit“, der Verfassungsschutz, die automatische Diätenerhöhung und die Erweiterung des Flughafens Frankfurt.

Studiengebühren

In der 9. Plenarsitzung fanden die zweiten Lesungen der drei vorliegenden Gesetzentwürfe statt. Erwartungsgemäß wurde unser Gesetzentwurf, der auch die Rückzahlung der bisher gezahlten Studienbeiträge beinhaltet, mit den Stimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt.

Ebenfalls abgelehnt wurde der Gesetzentwurf der FDP, nach dem die Studiengebühren beibehalten werden sollten. Mit den Stimmen von SPD, Grünen und LINKEN wurde der Gesetzentwurf von SPD und Grünen in einer leicht veränderten Form angenommen.

Am Donnerstag erklärte Koch überraschend in einer Regierungserklärung, dass er das Gesetz wegen Formfehler nicht unterzeichnen würde. Dieses Wissen hatte die Regierung bereits vor der zweiten Lesung, hatte aber nicht auf die Mängel hingewiesen. Koch wollte die Parlamentsmehrheit vorführen und zeigen, dass er der „Herr im Ring“ ist, während alle anderen nicht einmal zum Einbringen eines juristisch einwandfreien Gesetzes in der Lage sind. Nach einer heftigen Debatte wurde die Parlamentsitzung unterbrochen und der Ältestenrat einberufen. Kochs Triumph wird von kurzer Dauer sein. Am 17. Juni wird es eine außerordentliche Sitzung des Landtages geben, auf der das Gesetz in korrigierter Fassung noch einmal eingebracht werden soll.

Schulpolitik

Eine wichtige Rolle spielte auch diesmal die Schulpolitik. In der 9. Plenarsitzung wurde die so genannte „Unterrichtsgarantie PLUS“ mit einem Gesetzentwurf von SPD und Bündnis90/Die Grünen zur Änderung des hessischen Schulgesetzes abgeschafft, dem wir zugestimmt haben. In der 10. Plenarsitzung am Mittwoch gab Kultusminister Banzer eine Regierungserklärung zur Schulpolitik ab. Wir nutzten die Debatte, um unsere grundsätzlichen Positionen zur Schulpolitik noch einmal darzustellen.

Rückkehr in die TdL – Bisher nur eine Zwischenetappe erreicht

Nach zunehmenden Druck durch die neue parlamentarische Mehrheit und durch die Gewerkschaften als Vertreter der ArbeitnehmerInnen im öffentlichen Dienst Hessens hat der zuständige Innenminister Bouffier einem Eckpunktepapier zugestimmt, das u.a. eine Erhöhung der Einkommen für die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst von 3,0 Prozent vorsieht. Dabei handelt es sich aus Sicht der LINKEN zwar um einen Etappensieg. Doch die Forderung nach Rückkehr in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (und damit vor allem die Frage der Arbeitszeit) sowie die Forderung nach zeit- und inhaltsgleichen Übertragungen auf die hessischen Beamten bleiben selbstverständlich auf der Tagesordnung.

Mehr Steuerfahnder für Hessen

Hierzu haben wir einen Antrag in den Landtag eingebracht, um mehr Steuergerechtigkeit im Vollzug der Steuergesetze herzustellen. Unser Antrag wurde nach der Aussprache in den Haushaltsausschuss verwiesen. Wir haben noch einmal dargestellt, dass eine wesentliche Veränderung bei der Einnahmenseite von Steuern und Abgaben stattfinden muss, um so etwas wie soziale Gerechtigkeit überhaupt herstellen zu können.

Gute Arbeit

Auf Antrag der Fraktion der SPD mit dem Titel „Handeln für Hessen: Gute Arbeit braucht soziale

Rahmenbedingungen“ gab es eine Debatte, in der wir unsere grundsätzlichen Vorstellungen von „Guter Arbeit“ deutlich machten – für Mindestlöhne, gegen Leiharbeit und gegen Hartz IV. Der Antrag wurde gemeinsam mit einem Änderungsantrag der Grünen in den zuständigen Ausschuss verwiesen.

Verfassungsschutz

Eine heftige Debatte löste der Antrag von CDU und FDP aus, den Verfassungsschutz nicht abzuschaffen. In unserem Beitrag wehrten wir uns gegen eine parteipolitische Instrumentalisierung des Verfassungsschutzes und setzten uns für die Verteidigung der Verfassung ein. Wir stellen uns gegen die Versuche der CDU, demokratische Rechte auszuhöhlen und zu parteipolitisch motivierten Neuinterpretationen von Verfassungsartikeln zu kommen. Der Antrag der CDU/FDP wurde gemeinsam mit einem Antrag der SPD in den Ausschuss verwiesen.

Diätenerhöhung

Dem Gesetzentwurf zur Änderung des Abgeordnetengesetzes, den CDU, SPD und FDP eingebracht haben wir abgelehnt. Er hätte eine jährliche automatische Diätenerhöhung zu Folge gehabt. Die Grünen enthielten sich.

Flughafenausbau

Zur weiteren Arbeit des Regionalen Dialogforums zum Flughafen Frankfurt gab es eine kurze Debatte. Wir nutzten die Diskussion, um unsere Ablehnung jedes weiteren Ausbaus des Flughafens noch einmal zu verdeutlichen und die Aktionen der Bürgerinitiativen im Kelsterbacher Wald zu begrüßen. Daneben haben wir auf eine Klage der Stadt Hattersheim und anderer verwiesen, die sich mittels eines Gutachtens gegen die Veränderung von Giftwertangaben zur Wehr setzen.

Sonstiges

Aktuelle Stunden diesmal: auf Antrag der FDP zu Bürgerrechten, auf Antrag der SPD zum Lkw-Verbot auf nordhessischen Bundesstraßen, auf Antrag der Grünen zum Streik der Milchbauern und auf Antrag der CDU zur Wahl des Bundespräsidenten. Es fanden zudem die Wahlen der nicht richterlichen Mitglieder des Staatsgerichtshofes statt, mit dem Ergebnis, dass die CDU dort nun keine Mehrheit mehr hat.

DIE LINKE: Bericht aus dem Landtag (12. außerordentliche Plenarsitzung)

Dies ist ein kurzer Bericht der außerordentlichen 12. Plenarsitzung, Dienstag, 17.06.2008, in der über die Abschaffung der Studiengebühren in Hessen befunden werden sollte. Hinzu kamen ein „Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Gedenken an die gewaltsame Niederschlagung des Volksaufstands gegen die SED-Diktatur am 17. Juni 1953“ sowie ein Dringlicher Entschließungsantrag von CDU und FDP zu dem von auf dem Hessentag in Homberg/Efze verteilten Flugblatt „Der Hessentag ist ein Volksfest und keine Rüstungsmesse! Ausbildungsplätze statt Kriegseinsätze. Für einen rüstungsfreien Hessentag 2009!“.

Studiengebühren

Der Gesetzentwurf zur Abschaffung der Studiengebühren ist nach Beseitigung der Formfehler in die Dritte Lesung der dafür eigens anberaumten 12. Plenarsitzung eingebracht worden. Der Gesetzentwurf wurde mit den Stimmen von SPD, Grünen und LINKEN beschlossen und zum Gesetz erhoben. Damit sind die Studiengebühren in Hessen nun endlich Geschichte!

Volksaufstand 17. Juni 1953

Dem „Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Gedenken an die gewaltsame Niederschlagung des Volksaufstands gegen die SED-Diktatur am 17. Juni 1953“ haben wir zugestimmt. In unserem Redebeitrag haben wir auf die Bedenklichkeit des darin enthaltenen Satzes „Kaum ein Datum in der Geschichte Deutschlands ist so zum Symbol für den Kampf aller Deutschen gegen Diktatur und Unfreiheit geworden wie der 17. Juni 1953“ hingewiesen. Hier wird der Kampf von SozialistInnen, KommunistInnen, GewerkschafterInnen, ArbeiterInnen und anderen Mutigen gegen den Faschismus unterschlagen. Daher haben wir angemahnt den 8. Mai 1945, den Tag der Befreiung von Faschismus, nicht zu vergessen.

Flugblatt gegen Bundeswehr auf dem Hessentag

Groß war die Aufregung seitens der Fraktionen der CDU und der FDP bezüglich des Flugblattes „Der Hessentag ist ein Volksfest und keine Rüstungsmesse! Ausbildungsplätze statt Kriegseinsätze. Für einen rüstungsfreien Hessentag 2009!“, das DIE LINKE auf dem Hessentag in Homberg/Efze verteilt hat. Dazu brachten die beiden Fraktionen einen Dringlichen Entschließungsantrag in die Sitzung ein, in dem die Präsenz der Bundeswehr auf dem Hessentag befürwortet und den Soldaten gedankt wurde.

Hierauf konnten wir unsere Aussagen nur unterstreichen und feststellen, dass schon einfachste

Flugblätter unsererseits ausreichen, um eine derartige Öffentlichkeit herzustellen. Wir stellen uns, wie auch eine Mehrheit in der Bevölkerung, gegen den Kriegseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan, eine schleichende Militarisierung der Gesellschaft und werden auch weiterhin Aufklärungsarbeit in diesem Bereich leisten.

Somit endete die letzte, wenn auch außerordentliche Plenarsitzung vor der Sommerpause 2008 vor allem mit einem Erfolg für alle Studierenden Hessens, die ab dem kommenden Semester trotz des Urteils des Staatgerichtshofs keine Studiengebühren mehr zahlen müssen.

Unsere Arbeit geht natürlich auch in der „Sommerpause“ weiter. Ein Tipp, um bis zu den nächsten Plenarberichten auf dem Laufenden zu bleiben:

www.linksfraktion-hessen.de

DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag

**Barbara Cárdenas – Hermann Schaus –
Marjana Schott – Willi van Ooyen –
Ulrich Wilken – Janine Wissler**

Parlamentarische Initiativen

| Art | Thema | Drs.-Nr.) |
|----------------------------------|---|------------|
| Dringlicher Antrag | Rückkehr in die TdL | 17/21 |
| Dringlicher Antrag | Afghanistan | Nr. 17/22 |
| Dringlicher Gesetzentwurf | Studiengebühren | Nr. 17/16 |
| Dringlicher Antrag | Lissabon | Nr. 17/66 |
| Änderungsantrag zu Drs. 17/27 | Staudinger | |
| Änderungsantrag zum Dr. Antrag | Tibet | Nr. 17/68 |
| Gesetzentwurf | Hess. Hochschulgesetz | Nr. 17/69 |
| Antrag | Steuergerechtigkeit | Nr. 17/143 |
| Gesetzentwurf | Hess. Schulgesetz | Nr. 17/145 |
| Gesetzentwurf | Glücksspielgesetz | Nr. 17/144 |
| Dringlicher Antrag | Armut/Reichstums-Bericht | Nr. 17/175 |
| Aktuelle Stunde | Erbenheim | Nr. 17/176 |
| Kl. Anfrage | Folgen von G8 | Nr. 17/184 |
| Änderungsantrag | Biokraftstoff | Nr. 17/201 |
| Dringlicher Entschließungsantrag | Bahnprivatisierung | Nr. 17/90 |
| Gesetzentwurf | Zweckentfremdung | Nr. 17/289 |
| Antrag | Gleichstellung der Abgeordneten in der Rentenversicherung | Nr. 17/244 |
| aktuelle Stunde | Flughafenausbau | |
| Kl. Anfrage | NPD-Demo 17.06.08 Ffm | Nr. 17/381 |
| Kl. Anfrage | HSOG | Nr. 17/383 |
| Gr. Anfrage IVU | IVU-Richtlinie | Nr. 17/374 |
| Kl. Anfrage | PPP-Kosten | Nr. 17/382 |
| Gr. Anfrage | Ladenschluss | Nr. 17/379 |
| Antrag | Klassenobergrenzen | Nr. 17/378 |
| Antrag | Mindestlohn | Nr. 17/377 |
| Kl. Anfrage | Ganztagschulen | Nr. 17/277 |
| Kl. Anfrage | Zuständigkeiten AG Wohlfahrt Offenbach | 17/392 |
| Kl. Anfrage | Abschiebepraxis AG Wohlfahrt Offenbach | 17/391 |
| Kl. Anfrage | Ortsumgehung Erbach | 17/394 |
| Kl. Anfrage | Notwendige Grenzen von Pädagogik | 17/404 |
| Antrag | Starterpaket für sozial bedürftige Schulanfänger | 17/417 |
| Kl. Anfrage | Herkunftssprachlicher Unterricht | 17/409 |
| Kl. Anfrage | Umsetzung des Nationalen Integrationsplanes | 17/408 |
| Kl. Anfrage | Förderung der Breitbandversorgung | 17/413 |
| Kl. Anfrage | Kostenbeteiligung von Versorgungsunternehmen | 17/411 |
| Kl. Anfrage | Jugendoffiziere an hessischen Schulen | 17/415 |
| Gesetz | Wahlrechtsänderung | |
| Gesetz | Kommunalwahlrecht | |
| Kl. Anfrage | Arbeitscoaches an Hessischen Schulen | 17/423 |
| Kl. Anfrage | House of Mobility and Logistics | 17/444 |
| Kl. Anfrage | Flugbewegungen Rhein-Main | |
| Kl. Anfrage | Jugendarbeitsschutz Hessen | |
| Kl. Anfrage | Novellierung des JArbSchG | 17/437 |
| Antrag | Ausweitung des Verantwortungsbereiches des Datenschutzbeauftragten (FS 01.07.08) | |
| Antrag | Anhörung Islam. Religionsunterricht (gemeinsam mit SPD und Grünen, FS 08.07.08) | |
| Mdl. Frage | Bildungsberichterstattung | |
| Mdl. Frage | Schulen im Programm „Soziale Stadt“ | |

Stand 31.07.08

Alle hier aufgeführten Dokumente können auf unsere Homepage www.linksfraktion-hessen.de nachgelesen werden. Bei den im Weiteren aufgeführten Initiativen handelt es sich um eine Auswahl und um gekürzte Varianten der Originalvorlagen.

**Dringlicher Gesetzentwurf
der Fraktion DIE LINKE
für ein Gesetz zur Abschaffung der
Studiengebühren an hessischen
Hochschulen
(Drucksache 17/16)**

Im Wintersemester 2007/2008 sind 149.000 Studierende an hessischen Hochschulen immatrikuliert, das entspricht einem Rückgang der Studierendenzahlen um 14.500 oder 8,9 v.H. Der Rückgang der Studierendenzahlen geht mit einem sprunghaften Anstieg der Beurlaubungen einher. Die Anzahl ausländischer Studierender ging gar um 15 v.H. zurück, die Anzahl der Studienanfänger aus dem Ausland sank um 6 v.H. Diese Entwicklung ist alarmierend. Sie steht in Zusammenhang mit der Einführung allgemeiner Studiengebühren in Hessen.

Die Einführung allgemeiner Studiengebühren bedeutet eine verstärkte soziale Auslese an den Hochschulen. Bildung muss aber allen Menschen zugänglich sein - unabhängig vom Status und Geldbeutel. Deshalb muss Bildung gebührenfrei sein, wie in Art. 59 der Hessischen Verfassung ausgeführt. Studierenden ist nicht zuzumuten, dass sie sich verschulden müssen, um ihr Studium finanzieren zu können.

Durch den Wegfall der Studienbeiträge entstehen den Hochschulen Mindereinnahmen von etwa 104 Mio. € jährlich. Diese müssen aus Landesmitteln ersetzt werden. Dazu wird die Fraktion DIE LINKE einen gesonderten Antrag einreichen. Zudem ist durch den Wegfall der Studienbeiträge mit etwa 3 Mio. € Mindereinnahmen im Landeshaushalt zu rechnen, durch den Wegfall des Verwaltungskostenbeitrag entstehen etwa 7,5 Mio. Mindereinnahmen, durch den Wegfall der Langzeit- und Zweitstudiengebühren entstehen Mindereinnahmen von etwa 12 Mio. €. Die Summe der Rückzahlung der bereits gezahlten Studienbeiträge beläuft sich auf etwa 104 Mio. €.

**Dringlicher Antrag
der Fraktion DIE LINKE
betreffend Rückkehr des Landes Hessen
in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder
(TdL) sowie die Regelungen gleicher
Arbeitszeiten für Tarifbeschäftigte und
Beamtinnen und Beamte
(Drucksache 17/21)**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag spricht sich dafür aus, den seit 2004 andauernden tariflosen Zustand für die Arbeiterinnen, Arbeiter und Angestellten des Landes Hessen unverzüglich zu beenden.
2. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, die Tarifbindung der Arbeitgeberseite unverzüglich durch den Wiedereintritt in den Arbeitgeberverband der „Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL)“ herbeizuführen.
3. Der Hessische Landtag beauftragt die Landesregierung, nach Wiedereintritt in die TdL unverzüglich Tarifverhandlungen mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in Hessen zur Überleitung der Beschäftigten in den Tarifvertrag der Länder (TV-L) vorzunehmen und dabei auf der Grundlage des § 6 TV-L die Arbeitszeitregelungen der Landesbeschäftigten denen der Beschäftigten in den hessischen Kommunen anzugleichen.
4. Der Hessische Landtag beauftragt die Landesregierung darüber hinaus, die verschiedenen auf § 85 des Hessischen Beamtengesetzes beruhenden Rechtsverordnungen zur Arbeitszeit so abzuändern, dass zeitgleich mit der Überleitung der Tarifbeschäftigten des Landes Hessen die gleiche Wochenarbeitszeit auch für Beamtinnen und Beamten geregelt wird.

**Dringlicher Antrag
der Fraktion DIE LINKE betreffend
Abschiebestopp für afghanische
Staatsangehörige
(Drucksache 17/22)**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Im Rahmen der Konferenz der Innenminister und Innensenatoren darauf hinzuwirken, dass abweichend von der bisherigen Beschlusslage (der 177. Ständigen Konferenz der Innenminister und Innensenatoren vom 19. November 2004 in Lübeck zur Rückführung von Flüchtlingen nach Afghanistan) die Rückführung ausreisepflichtiger afghanischer Staatsangehöriger ausgesetzt wird, sofern die Betroffenen nicht nachweisbar sichere und

geschützte Lebensbedingungen im Herkunftsland besitzen. Den geschützten Personen sind Aufenthaltserlaubnisse nach § 23 Abs. 1 Aufenthaltsgesetz zu erteilen.

2. Die Ausländerbehörden anzuweisen, bis zu einer bundeseinheitlichen Entscheidung keine aufenthaltsbeendenden Maßnahmen gegen die zu schützenden Personen zu ergreifen.

**Dringlicher Antrag
der Fraktion DIE LINKE
betreffend das Abstimmungsverhalten
der Mitglieder des Landes Hessen im
Bundesrat anlässlich der Abstimmung
über den „Entwurf eines Gesetzes zum
Vertrag von Lissabon
vom 13. Dezember 2007“
(Drucksache 928/07)**

Der Landtag wolle beschließen:
Der Hessische Landtag fordert die Mitglieder des Landes Hessen im Bundesrat auf, in der Sitzung am 23. Mai, gegen den „Entwurf eines Gesetzes zum Vertrag von Lissabon vom 13. Dezember 2007“ zu stimmen.

Begründung:

Der Hessische Landtag lehnt den Vertrag von Lissabon zur Änderung der vertraglichen Grundlagen der Europäischen Union ab. Er bejaht die Europäische Integration und setzt sich ein für eine friedliche, demokratische, soziale und umwelterhaltende Europäische Union.

Diesen Zielvorstellungen entsprachen Europäische Gemeinschaft und Europäische Union seit Langem nicht. Seit Mitte der Achtzigerjahre des vorigen Jahrhunderts kommt es umfassend zur Durchsetzung neoliberaler Wirtschaftspolitik.

Mit den Verträgen von Maastricht (1993) und Amsterdam (1999) erfolgt eine Ausrichtung auf eine Politik von Militärinterventionen nach außen und Militarisierung im Inneren. Trotz einzelner Verbesserungen ist die innere Struktur der EU für die Bürgerinnen und Bürger undurchsichtig und wenig demokratisch. Mit dem Vertrag von Lissabon setzen sich diese negativen Entwicklungen im Wesentlichen fort.

Der Vertrag von Lissabon begründet eine Verpflichtung der Mitgliedsstaaten, „ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern“. Die Einrichtung einer „Europäischen Verteidigungsagentur“ als Instrument zur „Entwicklung der Verteidigungsfähigkeiten, Forschung, Beschaffung und Rüstung“ und „zur

Stärkung der industriellen und technologischen Basis des Verteidigungssektors“ wird vertraglich festgeschrieben. Zugleich wird für militärisch besonders „anspruchsvolle“ Mitgliedsstaaten die Möglichkeit eröffnet, sich gesondert in einer „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ zusammenzuschließen. Nach dem Vertrag von Lissabon sind zwar Demokratie und Rechtstaatlichkeit, nicht aber Sozialstaatlichkeit Grundwerte der EU. Die Wirtschaftspolitik bleibt uneingeschränkt dem neoliberalen Dogma „einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“ unterworfen. Staatliche Konjunktur-, Struktur- und Regionalpolitik werden behindert durch rigide Stabilitätsanforderungen an die öffentlichen Haushalte, durch das grundsätzliche Verbot der Gewährung von Beihilfen (Subventionen) und durch die Unterwerfung der Einrichtungen der Daseinsvorsorge (Wasser, Strom, Nahverkehr usw.) unter das EU-Wettbewerbsrecht. Dem Vertrag fehlt auch das von Kanzlerin Merkel angekündigte Sozialprotokoll. Damit hätten Fehlentwicklungen in der Interpretation der „Grundfreiheiten“ Niederlassungsfreiheit, Dienstleistungsfreiheit und Kapitalverkehrsfreiheit durch den Europäischen Gerichtshof entgegengetreten werden.

**Dringlicher Entschließungsantrag
der Fraktion DIE LINKE
betreffend Privatisierung der Deutschen
Bahn AG – Drucksache 17/90 –**

Der Landtag wolle beschließen:
Der Hessische Landtag nimmt mit Sorge zur Kenntnis, dass die Regierungen in Bund und Land eine Privatisierung und Zerschlagung der Bahn anstreben. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung sowie die Regierungen in Bund und Ländern auf, von der Zielsetzung einer Kapitalprivatisierung abzusehen und gemeinsam mit Beschäftigten, Kunden, Gewerkschaften, Fahrgastverbänden und Umweltverbänden Konzepte einer modernen, transparenten, effizienten und bürgerfreundlichen Bahn in öffentlichem Eigentum zu entwickeln und umzusetzen.

**Änderungsantrag
der Fraktion DIE LINKE
zu dem Antrag der Fraktion der FDP
betreffend Erneuerbare Energien in
Hessen ausbauen: Absatz von
Biokraftstoffen nicht gefährden
(Drucksache 17/110)**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Antrag wird wie folgt geändert:

In Nr. 1, erster Satz, wird der Begriff „Biokraftstoffe“ durch „nachhaltig erzeugte Biokraftstoffe“ ersetzt.

In Nr. 2 wird der Begriff „Biokraftstoffe“ durch „nachhaltig erzeugte Biokraftstoffe“ ersetzt.

Als neue Nrn. 5 und 6 werden aufgenommen:

5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für ein Zertifizierungssystem einzusetzen, das a) den nachhaltigen Anbau von Biomasse zur Energiegewinnung in Deutschland sicherstellt und
b) den Import klimaschädlicher, naturraumzerstörender oder Sozialstandards unterlaufender Biomasse-Produktion, bzw. der daraus gewonnenen Agrokraftstoffe, unterbinden hilft.

6. Solange es noch keine international verbindlichen Kriterien für einen nachhaltigen Biomasseanbau zur Energiegewinnung und deren Handel gibt, schließt sich der Hessische Landtag der Empfehlung des Rates für Nachhaltige Entwicklung von 2008 an, Importe von Biomasse aus europäischem Anbau vorzuziehen. Darüber hinaus fordert der Hessische Landtag die Landesregierung auf, sich gemäß dem Votum von Umwelt- und Entwicklungsverbänden für ein Importmoratorium von Agrokraftstoffen einzusetzen.

**Antrag
der Fraktion DIE LINKE
betreffend Steuergerechtigkeit im Vollzug
der Steuergesetze
herstellen - mehr Betriebsprüfer/innen
und Steuerfahnder/innen in
Hessen – Drucksache 17/143 –**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, die Zahl der Planstellen für Betriebsprüfungen bei der hessischen Steuerverwaltung kontinuierlich zu steigern und insbesondere als Sofortmaßnahme die Zahl der Steuerfahnder für das Haushaltsjahr 2009 um 100 zu erhöhen.

**Gesetzentwurf
der Fraktion DIE LINKE
für ein Gesetz zur Änderung des
Hessischen Schulgesetzes
(Drucksache 17/145)**

Die im Hessischen Schulgesetz in der vergangenen Legislaturperiode festgelegte Kürzung des gymnasialen Bildungsganges in den Klassen 5 bis 10 überfordert viele Kinder und Eltern. Der Stress und die Belastungen reichen weit in die Familien hinein. Aktivitäten in der Freizeit (z.B. in Vereinen), aber auch einfach unbeschwerte Zeiten mit Freundinnen und Freunden oder mit der Familie sind erheblich eingeschränkt worden, dadurch werden viele Kinder in ihrer kognitiven und emotionalen Entwicklung behindert. Sowohl Pädagoginnen und Pädagogen als auch Kinderärztinnen und Kinderärzte haben vielfach vor den negativen Folgen für die Kinder und Jugendlichen und ihre Familien gewarnt. Darüber hinaus entsteht eine sozial ungerechte Selektion: Kinder, die bei der Schularbeit zuhause keine Hilfe haben, sind den durch G8 bedingten erhöhten Anforderungen nicht gewachsen. Schließlich wurde mit der Einführung von G8 die Durchlässigkeit abgeschafft und damit im gegliederten Schulwesen die letzte Möglichkeit für eine den differenzierten Entwicklungen junger Menschen angemessene Bildungskarriere genommen.

Mit dieser Gesetzesänderung soll - in einem ersten Schritt auf dem Weg zu dem Recht auf gute Bildung für alle - die sechsjährige Sekundarstufe I auch für den gymnasialen Bildungsgang wieder hergestellt werden. Durch die damit verbundene Reduzierung der Stundentafel in den einzelnen Jahrgängen wird die Überlastung durch die Schule bei den Jugendlichen zurückgenommen. Mit einer Parallelität der Stundentafeln wird die Durchlässigkeit zwischen den Schulformen wieder hergestellt.

**Dringlicher Antrag
der Fraktion DIE LINKE
betreffend Armut-Reichtums-Bericht
(Drucksache 17/175)**

Der Landtag wolle beschließen:

Die geschäftsführende Landesregierung wird aufgefordert, einen Armut- und Reichtumsbericht für das Jahr 2007 zu erstellen. Der Bericht soll jährlich fortgeschrieben werden. Hierzu ist es notwendig, nicht nur isoliertes Datenmaterial zu sammeln, sondern es sollen einheitliche Kriterien zur Bewertung der vielfältigen Lebenszusammenhänge erstellt werden. Armut und benachteiligte Lebenslagen verstärken sich wechselseitig und

erhöhen damit das Risiko sozialer Ausgrenzung. Teilhabe bzw. Ausgrenzung sollten aus den Daten differenziert hervorgehen, um sozialpolitische Probleme klar zu erkennen.

1. Insbesondere ist auf die Lebenssituation von
 - Kindern und Jugendlichen,
 - Alleinerziehenden,
 - älteren Menschen
 - und prekär Beschäftigten einzugehen.
2. Der Bericht soll
 - regionale Unterschiede herausarbeiten,
 - Verteilung von Vermögen und Einkommen differenziert darstellen,
 - die Möglichkeiten des gleichberechtigten Zugangs an Bildung ermitteln,
 - Tendenzen der Ausgrenzung differenziert beschreiben,
 - sozialpolitische Probleme konsequent verdeutlichen.

**Antrag
der Fraktion DIE LINKE
betreffend Gleichstellung der
Abgeordneten des Hessischen Landtages
in der gesetzlichen Rentenversicherung
(Drucksache 17/244 neu)**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Ältestenrat wird beauftragt, dem Parlament bis spätestens September 2008 eine Änderung des Abgeordnetengesetzes vorzuschlagen, die beinhaltet, dass die Abgeordneten rückwirkend ab dem 5. April 2008 als freiwillige Versicherte in die gesetzliche Rentenversicherung aufgenommen werden. Ab diesem Zeitpunkt gelten dann ausschließlich die Bestimmungen der Deutschen Rentenversicherung (DRV).
2. Die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung werden auf Grundlage der Grundentschädigung der Abgeordneten (derzeit 6.628 € monatlich) sowie gegebenenfalls der Amtszulage gerechnet. Wie bei allen Arbeitnehmern/innen werden die Beiträge monatlich je zur Hälfte aus diesem eigenen Einkommen (Grundentschädigung und gegebenenfalls Amtszulage) und zur Hälfte aus Mitteln des Landtages (entsprechend den Arbeitgeberbeiträgen) an die DRV gezahlt.
3. In einer Übergangsregelung sind die Details dieses Systemwechsels festzulegen.

**Antrag
der Fraktion DIE LINKE
betreffend Einführung eines gesetzlichen
Mindestlohnes
(Drucksache 17/377)**

Der Landtag wolle beschließen:
I. Der Hessische Landtag stellt fest:

1. Der Hessische Landtag hält entsprechend Art. 33 der Hessischen Verfassung einen flächendeckenden Mindestlohn, der allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ein Lohnniveau garantiert, das zum Lebensbedarf der Arbeitenden ausreicht und nicht unterschritten werden darf, für unverzichtbar.
2. Für den Hessischen Landtag ist die Autonomie der Tarifparteien bei der Lohnfindung ein hohes gesellschaftliches Gut. Die Tarifautonomie ist auch in Zukunft zu schützen.
3. Auch in Hessen haben sich in den vergangenen Jahren zum einen Arbeitsmarktsegmente herausgebildet, in denen es keine Tarifbindung gibt. Zum anderen unterlaufen immer mehr Unternehmen aus tarifgebundenen Branchen geltende Tarifverträge. Beides hat zur Herausbildung eines Niedriglohnssektors geführt.
4. In Deutschland arbeiten derzeit 6,9 Mio. Beschäftigte zu Niedriglöhnen. Darunter sind 3,5 Mio. Beschäftigte (davon 2,5 Mio. in Vollzeit), die sich sogar mit einem Armutslohn (weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Bruttoeinkommens) begnügen müssen – davon sind über 70 v.H. Frauen.

5. Diese Entwicklung schwächt nicht nur die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, sondern auch die Position der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften bei Tarifverhandlungen und erhöht den Druck auf das Lohngefüge in Deutschland. Eine Fortsetzung dieses Sogs nach unten muss aus gesamtwirtschaftlichen und aus sozialen Gründen dringend verhindert werden.

II. Der Landtag fordert daher die Landesregierung auf:

In den Bundesrat eine Gesetzesinitiative einzubringen, die zum Ziel hat

- die Einführung eines bundesweiten gesetzlichen Mindestlohnes in Höhe von 8,44 €/Stunde (brutto) sowie

- die Schaffung der Möglichkeit, auf Länderebene in einzelnen Branchen die jeweils tariflich vereinbarten Mindestentgelte, die über 8,44 €/Stunde (brutto) liegen, auf Antrag einer der beiden Tarifparteien für allgemeingültig zu erklären.

**Antrag
der Fraktion DIE LINKE betreffend
Senkung der Klassenobergrenzen in den
Schulen und Gruppengrößen in den
Kindertagesstätten
(Drucksache 17/378)**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Klassenobergrenzen werden um 20 v.H. gesenkt, keine Klasse hat mehr als 25 Schüler. Dies gilt für neu zu bildende Klassen. Für bestehende Klassen haben die Eltern und die Schule eine Optionsmöglichkeit, dies ebenfalls in Anspruch zu nehmen (Klassenkonferenzbeschluss) oder es zunächst bei der bestehenden Klasse zu belassen. Die Regierung wird aufgefordert, auf dieser Grundlage die Änderung der „Rechtsverordnung über die Festlegung der Anzahl und der Größe der Klassen, Gruppen und Kurse in allen Schulformen von 1992“ vorzunehmen.

Folgende Regelungen dieser Rechtsverordnung müssen zudem ersatzlos gestrichen werden:

§ 1 (2) Bei der Eingangsstufe/Grundschule, der Förderstufe, der Hauptschule, der Realschule, dem Gymnasium (Kl. 5 bis 10) und der integrierten Gesamtschule kann die Höchstzahl einer Klasse um

bis zu drei Schülerinnen oder Schüler überschritten werden.

§ 2 (3) In Anbetracht eines in einigen Lehrämtern noch nicht vollständig abgebauten Stellendefizits ist zunächst bei der Berechnung der Anzahl der Klassen bei den Schülerhöchstzahlen den Grund-, Haupt und Realschulen, Gymnasien, Förderstufen und Gesamtschulen entsprechend § 1 Abs. 2 ein um drei Schüler erhöhter Wert als Schülerhöchstzahl anzusetzen.

2. Die Landesregierung wird aufgefordert, die Verordnung über Mindestvoraussetzungen in Tageseinrichtungen für Kinder vom 28. Juni 2001 dahin gehend zu verändern, dass die Gruppengröße von derzeit 25 Kindern ab dem 3. Lebensjahr pro Gruppe um 20 v.H. reduziert wird. Die Reduktion der Gruppen soll schrittweise vollzogen werden und bis zum Beginn des Kindergartenjahres 2011 auf 20 Kinder pro Gruppe abgeschlossen sein.

Pressemitteilungen der Fraktion DIE LINKE

Wiesbaden, 5. April 2008

Mit dem Einzug der LINKEN gibt es eine Mehrheit für einen Politikwechsel

Anlässlich der konstituierenden Sitzung des Hessischen Landtages erklärt Willi van Ooyen, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, im Landtag.

„Die hessischen Wählerinnen und Wähler haben mit ihrem Votum Ende Januar dazu beigetragen, den Landtag unabhängiger und souveräner zu machen. Denn mit dem Einzug unserer Fraktion hat der noch amtierende Ministerpräsident Roland Koch (CDU) zum ersten Mal keine Mehrheit mehr. Zum anderen kann zukünftig der Hessische Landtag nicht mehr aus den Kabinettsesseln und der Staatskanzlei dirigiert werden. Von der Geschäftsführenden Landesregierung erwarten wir, dass sie die Parlamentsentscheidungen nicht behindert und verzögert, sondern die Entscheidungen respektiert und mithilft, diese schnell umzusetzen.“

Seine Partei sei deshalb in den Landtag gewählt worden, weil sie sich von allen Parteien im vorherigen Landtag deutlich unterscheidet, so van Ooyen. Die Fraktion DIE LINKE stehe für einen Politikwechsel und werde sich keinesfalls an der Verwaltung des sozialpolitischen Stillstands beteiligen.

Van Ooyen: „Wir verstehen uns nicht als Stellvertreter der sozialen Initiativen, sondern sind Bestandteil der außerparlamentarischen Aktionen und werden denjenigen eine Stimme geben, die in der Vergangenheit mit ihren Anliegen bei anderen Parteien leider allzu oft auf taube Ohren gestoßen sind. Unsere Wähler wollen keine Agenda 2010 und Hartz IV mit den die soziale Schieflage nur weiter verschlimmern den Ein-Euro-Jobs. Die Menschen in Hessen wollen soziale Gerechtigkeit und keine Kinderarmut. Sie wollen eine gerechte Steuerpolitik, die die bisherige gesellschaftliche Umverteilung beendet und die Reichen wirklich besteuert.“

Die Fraktion DIE LINKE werde ihre Version von Freiheit, Gleichheit und Solidarität – die Ziele der französischen Revolution – auf den Weg zu bringen.

Wiesbaden, 10. April 2008

Erster Erfolg für die DIE LINKE: Abschiebestopp für Flüchtlinge aus Afghanistan

Zu dem mit einer Mehrheit im Hessischen Landtag gestern Abend (Anm.: am 9.4.) beschlossenen Abschiebestopp für afghanische Flüchtlinge, erklärt Marjana Schott, parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE, im Hessischen Landtag:

„Der von uns eingebrachte Antrag, der nun mit den Stimmen der SPD, der Grünen und unserer Fraktion beschlossen wurde, ist ein wichtiges Signal: Denn der Beschluss, zeigt, dass die noch geschäftsführende Landesregierung von Ministerpräsident Roland Koch (CDU) in der Frage der Abschiebepolitik ohne Mehrheit im Hessischen Landtag ist. Es war ein guter Tag für von Abschiebung bedrohten Afghanen und für Flüchtlingsinitiativen und Menschenrechtsorganisationen, die sich einen humanen Umgang mit Flüchtlingen auf die Fahnen geschrieben haben, und die vor Abschiebungen in das von Krieg zerrüttete Land warnen.“

DIE LINKE, im Hessischen Landtag verweist in diesem Zusammenhang auch auf die Berichte des Auswärtigen Amtes. Nach diesen sei die Lage in großen Teilen Afghanistans instabil, Menschen müssten in vielen Regionen des Landes um Leib und Leben fürchten. Gehe es jedoch um die Frage von Abschiebungen, werde von Seiten der CDU gerne über solche Sachverhalte hinweg gegangen.

„Unsere Fraktion begrüßt es, dass sich SPD und Grünen in dieser Frage auf die Seite unserer Fraktion gestellt und dem Antrag so zu einer Mehrheit verholfen hat“, so Schott weiter. „Erstaunt hat uns die Wahl des parlamentarischen Geschäftsführers der FDP-Fraktion, Florian Rensch, der sich nicht nur auf die Seite der CDU-Hardliner begeben hat. Sondern darüber hinaus in der Landtagsdebatte mit üblen Bildern von kriminellen Ausländern hantierte, wie sie zuletzt Roland Koch in seinem unsäglichen Wahlkampf benutzte“.

Ebenfalls mit Erstaunen nimmt die Fraktion DIE LINKE, im Hessischen Landtag zur Kenntnis, dass Innenminister Volker Bouffier (CDU) in einer ersten Reaktion ankündigt hatte, den Landtagsbeschluss nicht umzusetzen.



Schott: „Bouffiers Hinweis, er könne sich nicht über eine Entscheidung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs hinwegsetzen, ist falsch. Selbst das Urteil des VGH vom 7. Februar 2008 kommt zu dem Ergebnis, dass **„aufgrund der vom Gesetzgeber durch § 60a Abs. 1 Satz 1 AufenthG n. F. in Einklang mit supranationalem Recht getroffene Entscheidung, die Risikoabwägung und die Verantwortung dafür bei bestimmten Gefährdungslagen und beim subsidiären Schutz von Flüchtlingen von der administrativen auf die politische Ebene (Anm: Hervorhebung durch die Fraktion DIE LINKE.) zu verlagern ist.“**

Wiesbaden, 14. April 2008

Parlamentsbeschlüsse sind nicht beliebig, Herr Bouffier! Abschiebestopp für afghanische Flüchtlinge muss umgesetzt werden

Zur Ankündigung des geschäftsführenden Hessischen Innenministers, den Parlamentsbeschluss „Abschiebestopp für Flüchtlinge aus Afghanistan“ nicht umzusetzen, erklärt die Abgeordnete Marjana Schott, parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag:

„Wenn Hessens geschäftsführender Innenminister Volker Bouffier (CDU) nach der Devise handelt, Beschlüsse, die nach meinem Geschmack sind, setze ich um, andere wandern auf die Ablage, hat er ein gestörtes Verhältnis zu parlamentarischen Mehrheitsentscheidungen. Seine Behauptung, mit dem auf Antrag der Fraktion DIE LINKE zustande gekommenen Beschluss, keine Flüchtlinge nach Afghanistan abzuschicken, setzte sich der Landtag über ein Urteil des Hessischen Verwaltungsgerichts (VGH) hinweg, wird nicht dadurch richtiger, dass er sie nun gebetsmühlenartig wiederholt. Sie ist und bleibt falsch. Wenn Herr Bouffier einmal einen Blick in das Urteil des VGH vom 7. Februar 2008 werfen würde, könnte er darin lesen, dass die Risikoabwägung und die Verantwortung `bei bestimmten Gefährdungslagen und beim subsidiären Schutz von Flüchtlingen von der administrativen auf die politische Ebene zu verlagern` ist (O-Ton VGH). Genau das ist mit dem Parlamentsbeschluss passiert. Und natürlich ist es das Recht von Länderparlamenten und des Bundestages, für Menschen aus bestimmten Staaten, in denen diese einer großen Gefahr für Leib und Leben ausgesetzt wären, einen Abschiebestopp zu verhängen.“

Die Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag weist außerdem die Behauptung Bouffiers zurück, hier sei

es nicht um die Sache, sondern allein um „eine Machtdemonstration von Rot-Rot-Grün gegangen“, so der Innenminister in einer Pressekonferenz am Montagmittag (Anm: am 14.4.) Erst durch die Stellungnahme Bouffiers nach der Entscheidung im Parlament ist daraus eine Machtdemonstration zwischen der geschäftsführenden Landesregierung von Ministerpräsident Roland Koch (CDU) auf der einen und der Mehrheit von SPD, Grünen und Linken auf der anderen Seite geworden.

Die Fraktion DIE LINKE. werde sich weiterhin für einen humanen Umgang mit Flüchtlingen stark machen, so Schott. Und hoffe, dass auch zukünftig die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN entsprechende Initiativen unterstützten. Die Zustimmung der beiden Fraktionen zu dem Antrag der Fraktion DIE LINKE sei ein gutes Signal an Menschenrechtsorganisationen und Flüchtlingsinitiativen.

Deren Anliegen hätten in der Vergangenheit in einem CDU-dominierten Parlament zumeist kein Gehör gefunden. Mit einer Mehrheit links von CDU und FDP sei es nun möglich, neue Akzente in der Flüchtlingspolitik zu setzen.

Schott: „Soldaten zu entsenden, weil die Lage in einem Land so instabil und bedrohlich ist, auf der anderen Seite aber genau in dieses Land Menschen in eine ungewisse, oft lebensgefährliche Situation abzuschicken – das werden wir auch in Zukunft nicht mittragen.“

Wiesbaden, 5. Mai 2008

Fraktion DIE LINKE steht weiter für einen Politikwechsel

Zur Diskussion um die Bildung einer rot-grünen Minderheitsregierung und den Absetzbewegungen der Grünen, erklärt Willi van Ooyen Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag:

„DIE LINKE. steht für einen Politikwechsel hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit, für eine neue Bildungs- und Energiepolitik, für Steuergerechtigkeit und mehr demokratische Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger. Das lässt sich nur realisieren, wenn Roland Koch die längste Zeit Chef der Staatskanzlei gewesen ist.

Sollte sich Andrea Ypsilanti zur Wahl stellen, werden alle sechs Abgeordneten unserer Fraktion die Abwahl Kochs als geschäftsführenden Ministerpräsidenten ermöglichen. Das war unsere Position vor dem 5. April und dabei bleibt es. Anders als die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, die derzeit Rot-Grün keine Chance einräumen und der SPD Regierungsunfähig unterstellen, stehen wir zu unserem Versprechen aus

Wahlkampfzeiten, für einen Politikwechsel zu sorgen. Das ist auch der erklärte Wunsch einer Mehrheit der Hessinnen und Hessen.“

Wenn die grüne Landtagsfraktion nun Abschied nehme von Rot-Grün, und sich in der Rolle des von CDU und FDP umworbenen Partners gefalle, stehe das für den Bruch des Wahlversprechens, Koch auf die Oppositionsbänke zu schicken, so van Ooyen. Die SPD habe damit geworben, für einen Politikwechsel zu sorgen. die GRÜNEN ebenfalls. Sie seien unverändert in der Pflicht, diesen zu ermöglichen. Van Ooyen: „Die Wählerinnen und Wähler der SPD und der GRÜNEN haben ihr Kreuz bei diesen beiden Parteien gemacht, um Koch abzuwählen. Der größte Wahlbetrug ist die Verhinderung eines Politik- und Regierungswechsels - nicht die Duldung einer Minderheitsregierung durch meine Fraktion.“

Wiesbaden, 9. Mai 2008

Lernen braucht Zeit – für eine gemeinsame sechsjährige Mittelstufe

Die Fraktion DIE LINKE im Hessischen Landtag wird in der nächsten Woche einen Gesetzentwurf zur Änderung des Hessischen Schulgesetzes in den Landtag einbringen, der sich mit der Verkürzung der gymnasialen Schulzeit (G8) befasst. Dazu erklären die bildungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag, Barbara Cárdenas, und die stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Janine Wissler:

„DIE LINKE. lehnt die Verkürzung der gymnasialen Schulzeit ab. G8 führt zu mehr Stress und weniger Freizeit für Kinder und Jugendliche. Auch die Familien sind davon betroffen“.

Cárdenas weist auf die alarmierenden Einschätzungen von Kinderärzten hin, die vor den gesundheitlichen Belastungen durch höheres Lernpensum und längeren Unterricht warnen.

„Die Sorgen und Bedenken der Schülerinnen und Schüler, der Lehrenden und der Eltern müssen ernst genommen werden. Die Landesregierung kann nicht darüber hinweggehen, dass es eine breite Ablehnung von G8 gibt. Nicht die Wünsche der Wirtschaft, die in der Vergangenheit Interesse an einem zügigen Schulverlauf bekundeten, dürfen maßgebend sein, sondern die der Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrerinnen und Lehrer. Die hessischen Schülerinnen und Schüler haben ein Recht auf qualifizierte Bildung - ohne Dauerstress, ohne Nachhilfe und ohne den Verzicht auf Sport- und Freizeitaktivitäten.“

DIE LINKE. meint: Lernen braucht Zeit – für eine gemeinsame sechsjährige Mittelstufe. Deshalb sieht die Gesetzesänderung vor, zur sechsjährigen Mittelstufe zurückzukehren,

Die Landesregierung habe die Folgen von G8 nur unzureichend bedacht: „Es bleibt ein Rätsel, was passiert, wenn 2014 und 2015 zwei signifikant größere Jahrgänge in Folge von G8 an die Hochschulen und auf den Ausbildungsmarkt strömen. Darüber muss man sich heute Gedanken machen, nicht erst dann“, so Cárdenas.

DIE LINKE. habe dazu eine Kleine Anfrage gestellt, damit die Regierung zu diesen Fragen Stellung nehme. Grundsätzliche Ziele seien ein durchlässiges Bildungswesen und dass Übergänge von einer Bildungsstufe in eine höhere an jedem Punkt der Schulkarriere möglich sein müssten.

„DIE LINKE. hat eine grundlegend andere Vorstellung davon, was eine gute Bildungspolitik auszeichnet. Wir betrachten Bildung nicht unter der herrschenden ökonomischen Verwertbarkeitslogik. Zugang zu Bildung muss allen Menschen unabhängig von ihrer sozialen, kulturellen und ethischen Herkunft offen stehen. Das gilt von der Kita bis zur Uni“, so Janine Wissler abschließend.

Wiesbaden, 15. Juli 2008

Sherlock Wintermeyer löst (fast) jeden Fall

Zum Artikel in der FAZ vom 14. Juli und der am gleichen Tag verbreiteten Pressemitteilung von Axel Wintermeyer, parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion, erklärt Janine Wissler, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag:

„Sherlock Wintermeyer hat Recht: Ich wurde im Mai 1981 geboren und konnte deshalb als 17-jährige bei der Bundestagswahl im September 1998 gar nicht Gerhard Schröder wählen, wie das irrtümlicherweise in dem FAZ-Artikel zu lesen ist. Wir danken der Spürnase Wintermeyer für die Aufklärung dieses Missverständnisses, das sicher nicht nur in den Reihen der CDU für große Irritationen gesorgt hat.“

Ob die mit einem Politik- und Regierungswechsel verbundenen Hoffnungen, Wünsche und Forderungen der Fraktion DIE LINKE. „ein Schlag ins Gesicht gestandener Sozialdemokraten“ sind, wie Wintermeyer weiter behauptet, sollte der CDU-Mann allerdings besser dem Urteil anderer überlassen, z. B. den Kolleginnen und Kollegen in der SPD. Denn Wintermeyer sei vielleicht ein guter Detektiv und in der Lage, Zeitungsenten aufzuspüren. Ob er auch ein guter, Mitfühl-Sozialdemokrat, ist, müsse er erst noch beweisen.

„In jedem Fall betrachten wir seine Ausführungen als wichtigen Beitrag, das sich jedes Jahr auftuende Sommerloch mit Kurzweiligem zu füllen“, so Wissler abschließend.

Wiesbaden, 15. Mai 2008

Tarifgemeinschaft der Länder: Verhalten der geschäftsführenden Landesregierung ist undemokratisch und nicht hinnehmbar

Zur Ankündigung der geschäftsführenden Landesregierung, den mehrheitlich gefassten Beschluss nicht umzusetzen, dass Hessen wieder in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TDL) zurückkehren muss, erklärt Hermann Schaus, innenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag:

„Es ist ein beispielloser Vorgang, dass eine wenn auch nur geschäftsführende Landesregierung immer wieder ankündigt, sie werde mehrheitlich getroffene Beschlüsse des Parlaments nicht umsetzen. Der geschäftsführende Ministerpräsident Roland Koch und der geschäftsführende Innenminister Volker Bouffier (beide CDU) waren es aus der zurückliegenden Legislaturperiode gewohnt, mit dem blinden Gehorsam einer die Mehrheit im Landtag stellenden CDU-Fraktion zu schalten und zu walten, wie sie es für richtig hielten.

Es wird Zeit, dass die beiden CDU-Politiker sich langsam auf eine neue Situation einstellen, das heißt konkret: Seit der letzten Landtagswahl ist ein Fünf-Parteien-System hessische Realität und Koch und Bouffier haben für ihre politischen Vorstellungen keine Mehrheit im Parlament mehr. Weder was den Umgang mit Flüchtlingen angeht, noch für ihren Kurs der Haushaltskonsolidierung auf dem Rücken der Beschäftigten des Landes. Ihr Verhalten ist zutiefst undemokratisch und lässt tief blicken.“

DIE LINKE. wird in den nächsten Tagen das Gespräch mit den Fraktionen der SPD und von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN suchen, um gemeinsam zu beraten, wie Kochs und Bouffiers Blockadepolitik beendet werden könne, so Schaus. Zu prüfen sei dabei, ob mit einer Gesetzesinitiative das undemokratische Vorgehen ausgehebelt und so die wiederholte Brückierung des Parlaments beendet werden könne.

Wiesbaden, 20. Mai 2008

Hessischer Verfassungsschutzbericht als parteipolitisches Instrument der geschäftsführenden Landesregierung

Zu dem vom geschäftsführenden Innenminister Volker Bouffier (CDU) heute (Anm. am 20.5.) vorgestellten Verfassungsschutzbericht, erklärt Hermann Schaus, innenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag:

„Wer das Grundgesetz nur als Statut zur Wahrung von Kapitalinteressen ansieht und das darin zu findende Sozialstaatsgebot unter den Tisch fallen lässt, kommt naheliegender Weise zu dem Ergebnis, dass DIE LINKE. ins Visier genommen werden muss. Wer dies anders sieht, muss es bleiben lassen.

Dass sich DIE LINKE. weiterhin im Visier des hessischen Verfassungsschutzes (VS) befindet, überrascht uns freilich nicht. Schließlich untersteht der VS einem Innenminister, der in der Vergangenheit wenig Zweifel daran hat aufkommen lassen, wo er politisch steht. Er und die CDU-Fraktion unterstellen der LINKEN nicht auf dem Boden der Verfassung zu stehen. Das ist kurios. Denn nicht wir fordern z.B. in der Sicherheitspolitik Änderungen und neue Gesetze, die nicht mehr auf dem Boden der Verfassung stehen, sondern gerade Bouffier und andere CDU-Politiker.“

Ob bei der Änderung des Asylrechts, dem Schleifen eines friedenspolitischen Konsenses und einem entsprechenden Auftrag des Grundgesetzes, dass von deutschem Boden kein Krieg mehr ausgehen darf, ob Großer Lauschangriff oder die verfassungswidrige Erhebung von KFZ-Kennzeichen – stets seien es CDU-Politiker gewesen, die es mit verfassungsrechtlichen Bestimmungen nicht so genau genommen oder diese schlicht übergangen hätten.

Schaus: „Absurd ist außerdem, wenn Bouffier beklagt, DIE LINKE. setze auf die Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Gruppen und berufe sich auf eine marxistische Gesellschaftsanalyse. Ob mit oder ohne marxistische Gesellschaftsanalyse: Wer einen Tag, nachdem im 3. Armutsbericht der Bundesregierung eine skandalöse Vergrößerung des Grabens zwischen Arm und Reich festgestellt wird, eine an die Wurzel derartiger Probleme gehende Auseinandersetzung zur verfassungsgefährdenden Bestrebung umdeutet, ist auf dem falschen Dampfer.“

Was in unseren Nachbarländern selbstverständlicher Bestandteil des demokratischen Parteienspektrums sei, solle nach dem Willen der CDU ausgegrenzt bzw. als verfassungsfeindlich stigmatisiert werden. Ein solches Vorgehen sei weder demokratisch, noch glaubwürdig.

„In dem vorliegenden Verfassungsschutzbericht ist unser Logo abgedruckt: `Soziale Gerechtigkeit in Hessen: Menschen vor Profite!` Genau dazu stehen wir - ohne Wenn und Aber!“, so Schaus.

Wiesbaden, 11. Juni 2008

100 Tage im Hessischen Landtag – links wirkt!

Zu den ersten 100 Tagen der neuen Legislaturperiode erklärt Janine Wissler, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag:

„DIE LINKE. hat dafür gesorgt, dass soziale Gerechtigkeit im Hessischen Landtag wieder ein Thema ist. Sie hat dazu beigetragen, die unsozialen Studiengebühren und die einst von der CDU-Landesregierung eingeführte, unsägliche `Unterrichtsgarantie Plus` abzuschaffen. Ferner hat die Fraktion sich für eine Energiewende, für eine humane Flüchtlingspolitik, für eine angemessene Bezahlung der Angestellten des Landes und die Rückkehr in die Tarifgemeinschaft der Länder sowie für ein gerechteres Steuersystem eingesetzt. Daher fällt unsere Bilanz der ersten 100 Tage positiv aus.“

Die Fraktion bedauert, dass es aufgrund der internen Schwierigkeiten in der SPD bisher nicht möglich gewesen sei, das Wahlversprechen umzusetzen, Roland Koch als Ministerpräsident des Landes abzuwählen. Dafür trage die SPD die Verantwortung.

Immerhin sei es aber gelungen, so Wissler, mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. in einigen Bereichen bitter notwendige Kurskorrekturen vorzunehmen. Nach dem Einzug der LINKEN. in den Landtag und dem Verlust der Mehrheit könnten nun auch CDU und FDP mit ihrer unsozialen und bürgerfeindlichen Politik nicht einfach weiter machen, sondern bemühten sich darum, soziale Themen stärker hervorzuheben.

„Durch die wechselnden Mehrheiten im Parlament hat der Landtag eine Aufwertung erfahren und die Öffentlichkeit nimmt die dort geführten inhaltlichen Debatten viel stärker wahr als zuvor. Soziale Schwellereien lassen sich nicht unbemerkt durchsetzen. Die Menschen beobachten sehr genau, was passiert“, so Wissler.

Die gelegentlich geäußerte Angst, in Hessen gebe es seit der letzten Landtagswahl instabile Verhältnisse aufgrund wechselnden Mehrheiten im Landtag, kontert Janine Wissler mit dem Hinweis:

„Die letzten neun Jahre unter Ministerpräsident Roland Koch (CDU) stehen für Sozial- und Bildungsabbau, für rassistisch gefärbte, nachweislich mit Schwarzgeld finanzierte Wahlkämpfe. Im Vergleich dazu sind die jetzigen hessischen Verhältnisse, mit einer Mehrheit jenseits von CDU und FDP, eher ein Segen als ein Problem. Grundsätzlich gilt: Für den Politikwechsel, den die Mehrheit im Land will, braucht es DIE LINKE.“

Wiesbaden, 15. Juli 2008

Sherlock Wintermeyer löst (fast) jeden Fall

Zum Artikel in der FAZ vom 14. Juli und der am gleichen Tag verbreiteten Pressemitteilung von Axel Wintermeyer, parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion, erklärt Janine Wissler, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag:

„Sherlock Wintermeyer hat Recht: Ich wurde im Mai 1981 geboren und konnte deshalb als 17-jährige bei der Bundestagswahl im September 1998 gar nicht Gerhard Schröder wählen, wie das irrtümlicherweise in dem FAZ-Artikel zu lesen ist. Wir danken der Spürnase Wintermeyer für die Aufklärung dieses Missverständnisses, das sicher nicht nur in den Reihen der CDU für große Irritationen gesorgt hat.“

Ob die mit einem Politik- und Regierungswechsel verbundenen Hoffnungen, Wünsche und Forderungen der Fraktion DIE LINKE. „ein Schlag ins Gesicht gestandener Sozialdemokraten“ sind, wie Wintermeyer weiter behauptet, sollte der CDU-Mann allerdings besser dem Urteil anderer überlassen, z. B. den Kolleginnen und Kollegen in der SPD. Denn Wintermeyer sei vielleicht ein guter Detektiv und in der Lage, Zeitungsenten aufzuspüren. Ob er auch ein guter, Mitgefühl-Sozialdemokrat, ist, müsse er erst noch beweisen.

„In jedem Fall betrachten wir seine Ausführungen als wichtigen Beitrag, das sich jedes Jahr auftuende Sommerloch mit Kurzweiligem zu füllen“, so Wissler abschließend.

Wiesbaden, 24. April 2008

**Unterstützung für die Bürgerinitiative
„Stopp Staudinger“ –
Keine neuen CO2-Schleudern und keine
Erweiterung bestehender Kohlekraftwerke**

Zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und der Diskussion um eine neue Energie- und Umweltpolitik erklärt Janine Wissler, energiepolitische Sprecherin und stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Hessischen Landtag:

„Unsere Fraktion ist gegen die von dem Energiekonzern E.ON geplante Erweiterung des Kraftwerkes Staudinger. Schon jetzt ist dieses Kraftwerk Hessens größte Dreckschleuder. Es ist nicht hinnehmbar, dass die Umwelt und die Gesundheit der Menschen in der Region, geht es nach den Plänen von E.ON, weiter unter die Räder kommen. Unsere Position hier lautet: Menschen vor Profite!“

Die Fraktion DIE LINKE trete ein für eine soziale und ökologische Erneuerung Hessens. DIE LINKE werde deshalb den von den GRÜNEN eingebrachten Antrag unterstützen.

Wissler: „Der Einsatz für eine lebenswerte Umwelt, für den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen sowie eine ökologische, nachhaltige und gerechte Nutzung von Ressourcen sind für DIE LINKE untrennbar mit der sozialen Gestaltung der Gesellschaft verknüpft.“

Medienecho

„Normal oder gefährlich? Die Linke sorgt für Entrüstung – doch nicht alle fürchten deshalb um die Demokratie“

HNA, 26. April 2008

„Bürger engagieren sich kaum noch. Linke Landtagsfraktion vor Ort in Kelsterbach – Flughafenusbau ist 'nicht sinnvoll'“

Freitagsanzeiger, 24. April 2008

„Kuscheln und Kalter Krieg“

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. Mai 2008

„Bouffier unter Druck. SPD, FDP, Grüne und Linke greifen Minister wegen Abschiebung an“

Frankfurter Rundschau, 8. Mai 2008

„Streit im hessischen Landtag über G8“

Rhein Main Presse, 15. Mai 2008

„Lockerung des Rauchverbots weiter offen. Linke im Landtag Zünglein an der Waage / Hessischer Gastronomieverband fürchtet Insolvenzwellen“

Rhein Main Presse, 15. Mai 2008

„Basistreffen in Kassel“

junge Welt, 22. Mai 2008

„Die Streikbereitschaft ist hoch. Unmut über verfehlte Schulpolitik. Kassler Schüler erhoffen sich Linke-Unterstützung“

junge Welt, 22. Mai 2008

„Warten auf Ypsilantis Sprung“

Neues Deutschland, 6. Juni 2008

„Ein Eklat in allerletzter Stunde“

Wiesbadener Kurier, 8. Juni 2008

„Studiengebühren sind passé“

Wiesbadener Kurier, 18. Juni 2008

„Hinter Mauer und Stacheldraht“

junge Welt, 10. Juli 2008

„... und die Linke nennt SPD ‚unberechenbar‘“

Frankfurter Neue Presse, 14. Juli 2008

Impressum

DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag
Hessischer Landtag

Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden
Tel.: 0611 – 350 6090
Fax: 0611 – 350 6091
E-Mail: die-linke@ltg.hessen.de
Internet: www.linksfraktion-hessen.de

DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden
Tel.: 0611-350.6090, Fax: 0611-350.6091
E-Mail: die-linke@ltg.hessen.de
Internet: www.linksfraktion-hessen.de